Nr. 286. Dienstag, den 7. Dezember 1886. 3. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit der illustrirten Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespaltete Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Baldige Entscheidungen.

Man kann es dem Generalfeldmarschall Grafen Moltke Dank wissen, daß er im Deutschen Reichstage offen und unumwunden ausgesprochen hat, daß sämmtliche Kulturstaaten Europas sich derartig schwere Rüstungen angezogen hätten, daß selbst das reichste Land sie auf die Dauer nicht ertragen könne und daß ein solcher Zustand auf „baldige Entscheidungen“ hindränge.

Daß der Redner das Deutsche Reich von den europäischen Kulturstaaten nach dieser Richtung hin nicht ausgeschlossen wissen wollte, ging schon daraus hervor, daß er demselben noch eine schwerere Rüstung wünschte, um den baldigen Entscheidungen mit Kraft entgegnen zu können und daß er von „ganz Europa“ sprach.

Wenn dann aber Graf Moltke zum Schlusse betonte, daß diese schwerere Rüstung geeignet sei, den bedrohten Frieden zu sichern, so wird männiglich der tiefe Widerspruch auffallen, der in der Rede des Feldmarschalls liegt.

Der Kriegsminister hat vorsichtiger gesprochen. Er hält die schweren Rüstungen nicht dafür angethan, daß sie auf „baldige Entscheidungen“ hindrängen, er stellt dieselben lediglich als Erhalterinnen des Friedens dar.

Wir glauben aber, daß der Kriegsminister und Graf Moltke im letzten Theile seiner Rede unrecht haben, daß vielmehr der Chef des Generalstabs im ersten Theile seiner Rede die Situation vollständig wahr und getreu schildert.

„Ganz Europa starrt in Waffen! Das drängt mit Naturnothwendigkeit auf baldige Entscheidungen hin.“

Wenn nun aber ganz Europa nicht in Waffeu starrte, was dann? Mit Naturnothwendigkeit würden „baldige Entscheidungen“ und wahrscheinlich die Entscheidungen mit den Waffen überhaupt zurückgedrängt sein. Das gerade Gegentheil von dem, was der Marschall prophezeit, würde dann eintreten. Wenn man nun aber, trotzdem „ganz Europa in Waffen starrt“, die Waffen noch vermehrt, so werden die Waffenentscheidungen immer „naturnothwendiger“.

Auf die neue Militärvorlage in Deutschland werden Frankreich und Rußland, um gleichfalls den „baldigen Entscheidnngen“ kräftiger entgegentreten zu können, mit neuen Heeresvermehrungen und Rüstungen antworten. Und so wird es fortgehen, bis einer von den europäischen Staaten in den ungewissen Krieg gezwungen wird, weil er nicht weiter rüsten kann und das einzige Heil in glücklichen Schlachten sucht.

Va banque! Der Krieg ist ungewiß, wie das Hazardspiel. Deshalb ist es sehr gefährlich, Alles auf eine Karte zu setzen, deshalb ist es gefährlich, zwischen großen Nationen das Schwert entscheiden zu lassen!

Wir sagten, daß wir dem Grafen Moltke Dank wissen für seine letzte Reichstagsrede, denn Niemand hat bis jetzt so überzeugend gegen die Heeresvermehrung und für die Abrüstung gesprochen, als er. — — —

Die „baldigen Entscheidungen“ können vermieden werden durch die Einsicht der Regierungen und Volksvertretungen in den großen europäischen Staaten. Bei Rußland allein kann von solcher Einsicht keine Rede sein, Oesterreich aber kann ohne fremde Beihilfe keinen Krieg anzetteln und kommt somit nicht in Betracht. Seine Armee reicht eben hin, um sich gegen einen russischen Andrang vertheidigen zu können. Bleiben nur noch das Deutsche Reich und die Französische Republik übrig.

Daß Deutschland vertheidigungsfähig gegen den Osten dastehen muß, ist selbstverständlich. Auch der sozialdemokratische Abg. Grillenberger hat im Reichstage namens seiner Partei dahin zielende bündige Erklärungen abgegeben. Gegen den dräuenden „Erbfreund“ hilft lediglich Waffengewalt, da friedliche Abmachungen mit ihm niemals auf fester Basis ruhen.

Anders sieht es mit der Französischen Republik aus. Einige derouledérige Schreier ausgeschlossen, wollen Volk und Regierung den Frieden und das Volk sicherlich auch den dauernden Frieden mit Deutschland.

Hier ließe sich also eine Basis schaffen, welche die Heeresverminderung in beiden Ländern ermöglichte, die beide Völker aufathmen ließe bei der Ablegung der übergroßen Rüstung.

Aber keins der beiden Reiche will den Anfang machen! Bei einiger Verständigung nur müßte dies das Deutsche Reich, das kriegsmächtigere thun, welches in dem letzten großen Kriege die französische Macht mit starken, wuchtigen Schlägen in ungemein kurzer Zeit zerschmettert hat.

Wenn dann Europa nicht mehr in Waffen starren würde, wenn dann, wie kürzlich der Abg. Hasenclever im Reichstage erklärte, anstatt der vermehrten Regimenter die Vaterlandsliebe des Volkes treue Wacht an den Grenzen hielte und das Deutsche Reich übermächtig in der Vertheidigung hinstellte, dann würden Ruhe und Frieden in Europa eingezogen sein und Niemand würde mehr beunruhigt werden wegen der

„baldigen Entscheidungen.“

Politische Uebersicht.

Sozialdemokratische Anträge im Reichstage. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im Reichtage folgenden Gesetzentwurf, betreffend Abänderungen und Ergänzungen der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883, eingebracht: § 121a. Die Arbeitszeit für alle in gewerblichen Unternehmungen beschäftigten, über sechszehn Jahre alten Arbeiter und Hilfspersonen darf, ausschließlich der Pausen, täglich höchstens zehn Stunden, am Sonnabend höchstens acht Stunden währen. Für verheirathete Frauen, bezw. Wittwen, hat am Sonnabend der Schluß der Arbeitszeit bereits um zwölf Uhr Mittags einzutreten. Bei Arbeiten unter Tag (in Bergwerken, Salinen 2c.) oder in Betrieben, in denen ununterbrochen Tag- und Nachtarbeit stattfindet, darf die tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten. Kürzere Arbeitsschichten sind der freien Verabredung beider vertragschließenden Theile überlassen. — Ferner: § 135 zu streichen und denselben folgendermaßen zu fassen: § 135. Die gewerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren ist verboten. Jugendliche Arbeiter und Hilfspersonen im Alter von vierzehn bis sechszehn Jahren dürfen täglich nicht über acht Stunden beschäftigt werden. — Wöchnerinnen dürfen während drei Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden.

Ein anderer Antrag beschäftigt sich mit der Aenderung der Zwangsvollstreckung und lautet: Der Reichstag wolle beschließen: Der Bundesrath wird aufgefordert, baldmöglichst einen Gesetzentwurf einzubringen, nach welchem die Bestimmungen der Zivilprozeßordnung vom 30. Januar 1877 über die Zwangsvollstreckung derart abgeändert werden, daß namentlich: a. die in den §§ 715 und 749 aufgeführten Gegenstände bez. Forderungen, welche der Pfändung nicht unterworfen sein sollen, vermehrt und, soweit erforderlich, noch genauer spezialisirt werden, und b. das Zurückbehaltungsrecht der Vermiether und Verpächter an den sonst von der Pfändung befreiten Gegenständen aufgehoben werde.

Bei Gelegenheit der Stadtverordnetenwahlen in Sachsen wurde kürzlich auf die Siege der Sozialdemokraten und das Wachsthum der Partei in Sachsen kurz hingewiesen. Hierüber ist das „Dresdener Journal“ so aufgebracht, daß es eine „Richtigstellung“ des völlig wahrheitsgemäßen Hinweises riskirt und dabei als Haupttrumpf ausspielt, daß die Chemnitzer Sozialdemokraten bei den Stadtverordnetenwahlen eine schwere Niederlage erlitten hätten. Hierzu schreibt man der „Frankf. Ztg.“ aus dem sächsischen Manchester: Jenes sächsische Residenzblatt scheint nicht zu wissen, daß die geringe Stimmenzahl bei den hiesigen Stadtverordnetenwahlen auf andere Gründe, nicht aber auf eine Schwäche der Partei zurückgeführt werden muß, die vielmehr, wie genügsam bekannt ist, in Chemnitz einen ihrer festesten Sitze hat. Von den hiesigen sozialdemokratischen Arbeitern kann nur eine verschwindende Minderzahl das städtische Wahlrecht ausüben, da die überwiegende Menge nicht das Bürgerrecht besitzt. Zur Erwerbung desselben könnten sie, wenn die Qualifikation sonst vorhanden, allerdings nach einigen Jahren gezwungen werden, aber da ein ständiger Wohnungswechsel der ärmeren Klasse zwischen Chemnitz und den die Stadt umgebenden volkreichen Vororten und Dörfern stattfindet, so ist der hiesige Arbeiter nur selten mehrere Jahre ununterbrochen in der Stadt ansässig und also für den Bürgerrechtszwang nicht reif. Schon aus diesen Gründen haben die städtischen Wahlen für die hiesige sozialdemokratische Partei nur ein geringes Interesse; sie engagirt sich nur sehr wenig dabei und spart, wie

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.] [2

Die Verführerin.

Novelle von D. Colonius.

„Es ist das ein Mensch von Geist und Talent, aber ohne Charakter,“ sagte Antonio mit Bezug auf den Ungar; „aber seinen Rath will ich insofern befolgen, als ich mich vor noch andern Burschen in Acht nehmen will. Und nun, Rudolph, erzähle mir, woher Du etwas über mein Verhältniß zu diesem Weibe und über deren Anwesenheit an diesem Orte erfahren hast.“

„Seit längerer Zeit schon,“ erwiderte Rudolph, forschte ich vergebens nach dem Grunde Deiner Schwermuth. Anfangs war ich der Meinung, daß Familienverhältnisse oder vielleicht die Sorge um Deine Lebensstellung die Ursache sei; ich weiß es, Antonio, Du bist von armer Herkunft und verdankst das Wenige, was Du besitzest, Dir selbst. Ich vermuthete, daß Du Dich in Verlegenheit befändest, und zog aus Deinem ungewöhnlichen verschlossenen Wesen die Folgerung, daß Dein Stolz Dich verhindere, über die mir zu Gebote stehenden Mittel zn verfügen. Ich sehnte mich darnach, Dir, welcher Art auch immer Dein Leid sein mochte, zu helfen und Dir zuvorzukommen, und machte mir kein Gewissen daraus, mich in Deine persönlichen Angelegenheiten zu mischen. Gestern Abend, es war schon in der Dämmerung, war ich während Deiner Abwesenheit in Deiner Wohnung. Ich wollte Dich erwarten. Da pochte es an die Thür, ich öffnete und fand eine weibliche, verschleierte Gestalt, welche geheimnißvoll nach Deinem Namen fragte. Nachdem ich ihr geantwortet, daß dies Deine Wohnung sei, übergab sie mir ein Schreiben und eilte davon. Eine innere Stimme sagte mir, daß dieses Schreiben mit Deiner Traurigkeit in irgend welcher Verbindung stände. Ich fragte mich, ob ich es Dir übel nehmen würde, wenn Du ein mit meiner Adresse versehenes Schreiben öffnen würdest, und nachdem ich mir selbst mit einem Nein antworten mußte, erbrach ich das Siegel. Das Schreiben enthielt nach einem Erguß überwallender Zärtlichkeit und glühend heißer, leidenschaftlicher Liebe die Bitte um eine einzige, die letzte Zusammenkunft. Ich ersah aus diesem Schreiben, daß Du Dich diesem Mädchen entzogst, daß Du Dich vor ihr verborgen hielst, daß Du sie geliebt hast — und zum Verräther an ihr werden wolltest, und ich konnte es nicht ertragen, daß Du, den ich für den besten und edelsten Menschen halte, einen Makel auf Deinem Charakter haften ließest. Sie beschwor Dich bei Allem, was Dir heilig ist, hierher zu kommen; sie habe Dir eine Mittheilung zu machen, von der zwei Menschenleben abhingen, dabei sprach sie so deutlich ihre Furcht aus, daß Du dennoch nicht kommen würdest, daß ich unwillkürlich Mitleid mit der Unbekannten empfand und den Entschluß faßte, ihre Bitte zu unterstützen.

„Ich wollte Dich in jedem Falle hierher führen, da es Dir doch immer unbenommen blieb, nach Deinem Gutdünken zu handeln. Das Erkennungszeichen sollte ein blaues Bändchen sein, welches Du um den Zeigefinger der linken Hand gebunden haben solltest. Hier ist das Bändchen, was willst Du thun?“

„Ich werde nach Hause gehen,“ sagte Antonio, sich erhebend.

„Das sollst Du nicht! Bei meinem Leben, Antonio, das sollst Du nicht! Du kannst nicht so grausam sein, einem Menschen, wer er auch immer sei, was er auch immer verschuldet haben mag, eine solche Bitte abzuschlagen. Eine Liebe, wie sie sich in jenen Zeilen aussprach, kann nicht erlogen sein, und wenn Du sie auch nicht erwiderst, so hast Du doch nicht das Recht, sie mit Füßen zu treten. Sie hat nichts von Dir verlangt, als daß Du sie anhören sollst, und wenn die Bitte Deines Freundes etwas über Dich vermag, wirst Du es thun.“

„Du weißt nicht, Rudolph, was Du von mir verlangst; wisse denn, dieses Weib ist die Frau eines Andern, sie hat mir meinen Seelenfrieden geraubt, sie hat mich umgarnt und betäubt, und erst, nachdem ich in ihren künstlich geschlungenen Netzen gefangen lag, erkannte ich, daß nur sinnliche Gier sie zu einem Schritte verleitet, der mich um meine Selbstachtung betrogen hat. Ich habe sie nie geliebt; das Gefühl, welches Dir aus ihren Zeilen zu sprechen schien, ist nichts als der Gluth-Widerschein einer unbefriedigten Leidenschaft, welchen Du in Deiner Unerfahrenheit mit der Schamröthe verkannter Tugend oder dem rosigen Hauch der reinsten Zärtlichkeit verwechselst — was mir dieses Weib zu sagen hat, ist entweder sündhaft oder erlogen. — — Laß mich gehen, mein Freund, ich sehne mich nach Einsamkeit; dieser Taumel ist mir jetzt doppelt widerwärtig.“ — —

Der Ungar sah sich, nachdem er von dem schwarzen Domino so unsanft abgewiesen worden war, nach dem Blumenmädchen um — sie stand neben ihm.

„Ich glaube, Du hast in dem schwarzen Domino eine ganz andere Person vermuthet,“ sagte der Ungar, „dieser Mann dürfte kaum eine so außerordentliche Aufmerksamkeit verdienen.“

„Gleichviel, nenne mir seinen Vornamen,“ ewiderte das Mädchen nichts desto weniger gespannt.

„Antonio!“

Die Venitianerin zuckte zusammen und wendete sich schnell nach den beiden Masken um, die sie Arm in Arm dem Seitengemache zuschreiten sah. Einige Augenblicke stand sie nachdenkend still, dann sagte sie in ganz verändertem Tone zum Ungar:

„Geben Sie mir Ihren Arm, mein Herr, und lassen Sie uns weiter gehen; im habe ein ernstes Wort mit Ihnen zu sprechen.“

„Gehört dieser Antonio zu ihren Bekannten?“

„Dies wohl, aber nicht zu meinen Freunden.“

„Sind einige von Ihren Freunden hier anwesend?“

„Wir sind fünf zusammen hier angekommen.“

„Darf ich Ihnen vertrauen, mein Herr?“

„Unbedingt.“

„Dann geben Sie mir Ihr Wort, daß Sie, ohne nach meinen Beweggründen zu forschen, meinen Auftrag vollführen wollen.“

„Ich will es unter der Bedingung . . .“

„Stellen Sie keine Bedingung, ich bedarf Ihres Beistandes; wenn Sie ritterlich denken, werden Sie mir ihn ohne Weiteres gewähren; an diesem Zeichen will ich Sie

dieses auch anderswo geschieht, ihre Kraft für die Reichstagswahl, die auch hier in verblüffender Weise darthun wird, eine wie vortreffliche Agitation der große Chemnitz-Freiberger Sozialistenprozeß für die Sozialdemokratie in Sachsen war. Schon jetzt läßt sich auch hier erkennen, daß die vielfachen Schreiereien der letzten Zeit die Partei nicht nur innerlich gefestigt und zielbewußter gemacht, sondern ihr einen Zuwachs neuer Anhänger verschafft haben, deren Zahl bei den nächsten Reichstagswahlen die Meinung des „Dresdener Journals" über den Niedergang der sächsischen Sozialdemokratie doch etwas berichtigen dürfte.

Einen Angriff auf das allgemeine Wahlrecht hat sich kürzlich unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden der der nationalliberalen Partei zuzurechnende Privatdozent der Volkswirthschaft Dr. Warschauer in Leipzig gestattet, als er im kaufmännischen Verein einen Vortrag über Steuerwesen hielt. Er sprach bei dieser Gelegenheit für eine Reichseinkommensteuer, die mit dem allgemeinen Wahlrecht in Verbindung zu bringen sei, nämlich so, daß letzteres wenigstens von einem Minimum der Einkommensteuer abhängig gemacht werden müsse. Da nun andererseits Herr Dr. Warschauer das Einkommen bis zu 1200 M. von der Einkommensteuer befreit wissen will, so ergiebt sich klar, wie „allgemein" das Wahlrecht dann noch sein würde. Charakteristisch ist, daß es wiederum ein Nationalliberaler sein mußte, der solchen Verrath an den Freiheiten des Volkes predigt. Diese nationalliberale Gesellschaft ist noch reaktionärer als mancher Konservative.

Furcht vor Frankreich? In demselben Augenblick, wo nationalliberale Blätter von der traurigen Lage der französischen Staatsfinanzen sprechen, wo das Ministerium Freycinet mit sammt Boulanger seine Entlassung eingereicht hat, in demselben Augenblick, wo man von den verkommenen Franzosen spricht, die kaum ernsthaft zu nehmen seien, da ertönt in denselben Organen ein lautes Geschrei von Gefahr, die uns von dem „unberechenbaren Nachbar im Westen" drohe. Und auf diese lächerlichen Widersprüche will man von Seiten dieser chauvinistisch angehauchten Partei die Heeresvermehrung des Deutschen Reichs aufbauen! Etwas mehr Logik dürfte die deutsche Reichsregierung von diesen ihren Bundesgenossen doch verlangen können. Wenn aber eine derartige Taktik zu einem baldigen Kriege führen sollte, so haben die Nationalliberalen durch ihr chauvinistisches Geschrei eine große Mitschuld daran sich aufgeladen. Wenn dann aber der Krieg nicht glücklich für Deutschland ausfiele, so würden all' die jetzigen Kriegsschreier und Kriegsförderer die ganze Schuld auf die Regierung schieben, die sich vor solchen Freunden schützen möge.

Sozialistisches. Mannheim, 4. Dezember. Ein sozialistisches Flugblatt, welches die Wahl Dreesbach's befürwortete und in 30 000 Exemplaren hergestellt war, wurde vor der Ausgabe polizeilich beschlagnahmt. — Eine auf den 25. November zum Zweck der Wahl eines Delegirten in Barmen einberufene öffentliche Tischlerversammlung wurde auf Grund des bekannten § 9 des Sozialistengesetzes verboten. — Konservative Blätter melden aus Leobschütz, 3. Dezember: Vor einigen Tagen ist in dem Dorfe Branitz im diesseitigen Kreise, ganz nahe an der österreichischen Grenze belegen, ein Packet sozialdemokratischer Schriften, unter denen sich auch die Most'sche „Freiheit" befand, mit Beschlag belegt worden. Das Packet war in einem Orte der Rheinprovinz aufgegeben. — Die „Thür. Waldpost" berichtet aus Pößneck, Ende November: Welche herrlichen Früchte durch die über den Friseur P. Seige verhängte Briefsperre gezeitigt werden, beweist der Fall, daß zwei Sendungen Zigarren von Brauckhoff u. Rödiger in Gera von der kaiserlichen Postanstalt Pößneck als sozialistengesetzverdächtig an das Amtsgericht abgeliefert wurden! Da Seige die Annahme der Zigarren von Seiten des Gerichts verweigert hat, so wird wohl dasselbe in Bälde Auktion anstellen, denn es ist nicht anzunehmen, daß die betreffende Firma die Zigarren retour nimmt. Alle an Seige gesandten Sachen, Briefe, Packete 2c., wandern ins Amtsgericht und gehen die „Verdächtigen" nach Rudolstadt an die Staatsanwaltschaft, während „Manufakturarbeiter-Zeitung" und „Baugewerkschafter" von Amtswegen dem „Gesperrten" ausgehändigt werden. Allwöchentlich mehrere Male muß der Amtsdiener mit „angehaltenen" Schriften in die Jüdeweiner Vorstadt wandern und dieselben dem „Gemaßregelten" abliefern. Es wird in dieser Sache mehr Papier verschreiben, als die ganze Angelegenheit werth ist. Die Formel zu jedem Protokoll lautet: „In Untersuchungssachen gegen mich wegen Vergehens gegen das Gesetz vom 21. Oktober 1878 erhalte ich vom Amtsdiener Höhn folgende Blätter (folgt Name) ausgehändigt" 2c. 2c. — Brandenburg a. H. Am 3. d. M. fanden hier auf Requisition der Altonaer Staatsanwaltschaft Massen-Haussuchungen statt. Gesucht wurde, so weit bis jetzt bekannt, bei fünfzehn Personen nach verbotenen Schriften, vor allem jedoch nach einer Korrespondenz mit den Altonaer Sozialdemokraten, wozu ein Brief aus Brandenburg veranlaßte, welcher bei einem in Hamburg auf dem Bahnhof Verhafteten gefunden wurde. Das Resultat war, abgesehen von einigen Broschüren, gleich Null. Es fehlte auch nicht an humoristischen Szenen. So wurden bei dem Vergolder Ewald außer zwei Broschüren auch ein „Deutsches Wochenblatt" vom Jahre 1885, sowie ein Privatbrief beschlagnahmt, bei einem anderen zwei Pfund Stullenpapier, auf einer anderen Stelle sollte ein Gebetbuch beschlagnahmt werden.

Ueber die Wahl in Mannheim und über die Parole des Wahlkomitees der Volkspartei, in der Stichwahl für den Sozialdemokraten zu stimmen, schreibt das „Leipz. Tagebl.": „Daß die Demokraten das nicht thun, hat schon die erste Wahl bewiesen; bei dieser haben mindestens 2000 ehrliche Demokraten für Diffené abgestimmt und werden so jetzt auch in der Stichwahl handeln. Die übrigen Demokraten haben gar nicht gewählt und werden auch am 6. wohl nicht, keinesfalls aber Dreesbach wählen. Unter solchen Verhältnissen hat, wie bereits berichtet, der nationalliberale Kandidat einen Vorsprung von 1700 Stimmen vor dem Sozialdemokraten, die dieser letztere schwerlich wird einholen können." — Ob sich die Nationalliberalen bei dieser Berechnung nicht schneiden? Köstlich ist nur, daß diejenigen Demokraten, welche für den nationalliberalen Kandidaten stimmen, ehrliche Demokraten genannt werden. Danach sind diejenigen Demokraten, welche für den Sozialdemokraten sich erklären, falsche Demokraten. Wir würden dahingegen die ersteren Renegaten nennen, während die letzteren ihrer politischen Ueberzeugung treu geblieben sind.

Der Reichstagsabgeordnete Harm erläßt in der Elberfelder „Freie Presse" folgende Erklärung: „Die Notiz einer hiesigen Zeitung, welche darauf die Runde durch die ganze Presse machte, daß am Sonntag, den 28. v. M., bei mir eine polizeiliche Haussuchung stattgefunden, beruht auf Unrichtigkeit. Es ist nur, wie die „Freie Presse" richtig geschrieben hat, nach einer Kiste geforscht worden. Als ich der Polizei erklärt hatte, daß ich davon nichts wisse, ist auch nicht darnach gesucht worden. Dies zur Steuer der Wahrheit. Fr. Harm." — Auch wir haben die betreffende Notiz gebracht. Die ganze Angelegenheit hat nunmehr unseres Erachtens durch vorstehende Erklärung ihre Erledigung gefunden.

In Bezug auf die jüngsten Verurtheilungen zahlreicher Sozialdemokraten schreibt die auf dem rechten Flügel der freisinnigen Partei stehende „Saale-Zeitung" unter Anderem folgendes: „Als im Jahre 1878 das Sozialistengesetz erlassen wurde, erklärte die Regierung, das gemeine Recht reiche nicht aus, um die Ausschreitungen der sozialistischen Agitation niederzuhalten. Eben aus diesem Grunde stimmte der Reichstag nach langem Bedenken und Schwanken der Ausnahmemaßregel zu, und in den ersten Jahren nach 1878 hörte man denn auch kaum etwas von Verfolgungen sozialdemokratischer Parteimitglieder auf Grund des Strafgesetzes. Je mehr sich aber herausstellte, daß die Ausnahmemaßregel nicht nur wirkungslos ist, sondern eher noch zur Stärkung der revolutionären Arbeiterpartei gereicht, wird nun wieder auf das gemeine Recht behufs Verfolgung dieser Partei zurückgegriffen. Da kann man doch nicht mehr die besorgte Frage unterdrücken: Wohin soll diese Schraube ohne Ende führen? Wenn sich polizeiliche Unterdrückung und strafrechtliche Verfolgung so gänzlich unwirksam gegen die drohende Gefahr erweisen, dann sollte man diese Mittel nicht immer noch verstärken, sondern die Frage erwägen, ob auf sozialreformatorischem Gebiete nicht unendlich viel mehr gethan werden kann, als bisher gethan worden ist." — Dieser Nothschrei erscheint uns vom Standpunkt einer Vertreterin der herrschenden Gesellschaft sehr am Platze, da dem Blatte die Gesellschaft durch das Sozialistengesetz bedroht erscheint.

Bei der überseeischen Auswanderung scheint leider schon wieder einmal ein Umschwung zu dauernder Zunahme sich vorzubereiten. Nach dem neuen reichsstatistischen Monatshefte ist die Zahl der über deutsche Häfen und Antwerpen Ausgewanderten auch im Oktober wieder, wie schon im September der Fall war, etwas größer gewesen, als im entsprechenden Monat des Vorjahres. Sie betrug 8560 gegen 8529 im Jahre 1885, 12 745 im Jahre 1884, 19 440 im Jahre 1883, 18 477 im Jahre 1882, 22 212 im Jahre 1881 und 14 387 im Jahre 1880. Mit einer besonders hohen Zahl von Auswanderern ist im Oktober d. J. Westpreußen betheiligt; es wanderten von dort 852, also 10 pCt. der Gesammtzahl aus. Seit Beginn des Jahres bis Ende Oktober cr. sind im Ganzen aus Deutschland über deutsche Häfen ausgewandert 68 136 Personen gegen 96 709, 135 090, 153 394, 179 443 und 194 801 im entsprechenden Zeitraum der Jahre bis 1881 zurück.

Das Branntweinmonopol und das Tabakmonopol sind nothwendige Requisite des herrschenden Systems. Die von demselben vorangestellten Bedürfnisse sind so groß, daß sie schon ohne Monopol fast gar nicht gedeckt werden können. Um 29 Millionen sollen die Matrikularumlagen erhöht werden, auf eine Anleihe werden 66 Millionen, größtentheils zur Deckung von Militärausgaben bestimmt, geschoben, aus dem laufenden Etat ist ein Defizit von 25 Millionen zu decken und endlich würde die Militärvorlage im Annahmefalle weitere 15 Millionen beanspruchen. Das verlangt alles allein der diesjährige Etat, der nächstjährige will aber auch seinen Theil haben. Dazu kommen dann noch die vielen Versprechungen, welche die Regierung gemacht hat. Darum sagte schon bei der vorjährigen Etatsberathung der damalige Schatzsekretär v. Burchard: „Sollen die zahlreichen übrigen Bedürfnisse des Reichs, welche nun schon allzulange zurückgestellt sind, endlich befriedigt werden, so wird es geboten sein, auf dem Gebiete der Tabaks- und Getränkesteuer dem Reiche wesentlich verstärkte Einnahmen zuzuführen." Das Branntweinmonopol ist dieser Ankündigung des Schatzsekretärs alsbald nachgefolgt. Mit noch viel größerer Majorität als seiner Zeit das Tabakmonopol wurde das Branntweinmonopol abgelehnt vom Reichstage. Trotzdem aber, weil man eben sich mit den Bedürfnissen nicht einrichtet, stehen die Monopolpläne bei der Regierung unerschütterlich fest. Finanzminister von Scholz erklärte deshalb in der Generaldebatte des Etats: „Es sind die Aufgaben beinahe allein mit dem Ertrage des Branntmonopols vollständig zu erfüllen, im Reich und in Preußen, und soweit sie nicht vollständig damit zu erfüllen sind, würden sie eben nur in tantum zu erfüllen sei. (Heiterkeit links, Rufe: Tabakmonopol!) Der Tabak wird später gewiß noch dazu kommen. Sie wissen, das ist meine positive Ueberzeugung." Also Herr v. Scholz nach dem offiziellen stenographischen Bericht. Hier wird klipp und klar das Branntweinmonopol und das Tabaksmonopol als eine sichere Eventualität hingestellt, mit welcher wir bei den Wahlen zu rechnen haben werden. Der Minister suchte zwar am zweiten Tag der Generaldebatte seine Worte zu drehen und zu deuten, aber ein offizielles Dementi gab er nicht. Das Branntweinmonopol kommt und auch das Tabakmonopol. Darum schlägt die Regierung jetzt auch keine neuen Steuern vor. Sie will und muß für ihre Politik Monopole haben, deshalb überläßt sie den Bundesstaaten dieses Mal die Deckung der Unterbilanz, um sich nicht die Wahlen zu verderben. Wenn dann die Finanzverhältnisse auch in den Einzelstaaten erschüttert sind, dann hofft man mit den Monopolen durchzudringen. Alle Parteien, welche nicht gewillt sind, der Regierung einen neuen Machtzuwachs zu bewilligen, werden daher gut daran thun, sich zum Kampfe gegen alle Monopolprojekte zu rüsten und dem Finanzminister für seine vorzeitige Offenheit dankbar zu sein.

Zur Förderung des telegraphischen Verkehrs übernimmt es jetzt die Reichspost- und Telegraphenverwaltung, auf kürzere Entfernungen Nebentelegraphen zum Anschluß an Reichstelegraphen herzustellen und Privatpersonen zu deren eigenem und ausschließlichem Gebrauche entweder miethweise oder eigenthümlich zu überlassen. Unter Umständen können verschiedene, an eine und dieselbe Reichstelegraphenanstalt in dieser Weise angeschlossene Geschäftsstuben, Fabriken, Wohnungen 2c. telegraphisch miteinander in Verbindung treten. Die Nebenanlage dient dazu, dem Inhaber die für ihn bei der nächsten Reichsanstalt eingehenden und von ihm an diese abzusendenden Telegramme zuzuführen. Für die Wahrnehmung des Telegraphendienstes bei der Nebenstelle hat der Inhaber selbst zu sorgen, jedoch wird die Reichsverwaltung einer hierzu bestimmten geeigneten Person unentgeltlich Gelegenheit zur Ausbildung geben, falls ihr daraus keine Kosten entstehen. Die für den Inhaber ankommenden und von ihm abzusendenden Telegramme werden auf der Anschlußleitung gebührenfrei befördert. Bei miethweiser Ueberlassung sind für die Benutzung des Nebentelegraphen mit einer Anschlußleitung bis zu einem Kilometer Länge der Reichspostkasse jährlich zu entrichten: bei dem Betriebe mit Morseapparaten 125 M., bei dem Betriebe mit Fernsprechern 75 M. Wünscht der Antragsteller die Aufstellung weiterer als der unbedingt erforderlichen Apparate, so wird die dafür zu zahlende Vergütung in jedem einzelnen Falle besonders festgesetzt, desgleichen bei außergewöhnlichen Dienstleistungen, wie Dienstbereitschaft während der Nacht 2c.; für jedes weitere Kilometer Anschlußleitung — wobei jedes angefangene Kilometer für voll gilt — eine Zuschlagsgebühr von 20 M. Der Inhaber hat sich auf 5 Jahre mit vorangehender halbjährlicher Kündigung zu verpflichten. Wünscht der Inhaber den Nebentelegraphen als Eigenthum zu erlangen, so hat er die Herstellungskosten der Anlage zu zahlen und auf seinen Wunsch besorgt die Reichsverwaltung die Unterhaltung der Linie und Leitung für Rechnung des Inhabers, der für die Wahrnehmung des Nebendienstes jährlich 50 M. zu entrichten hat. Die Reichsverwaltung kann jederzeit den Betrieb der Nebenanlagen zeitweise oder gänzlich einstellen, ohne daß den Inhabern ein Entschädigungsanspruch zusteht, und „in Kriegs- oder unruhigen Zeiten" die Nebenstellen durch ihre Beamten betreiben lassen.

Holland.

Der von Heemskerk der Zweiten Kammer vorgelegte Gesetzentwurf über das Wahlrecht scheint bei keiner Partei die erwartete Billigung zu finden. Zwar ist in demselben das Wahlrecht derart etwas ausgedehnt worden, daß von nun an etwa 300 000 Wähler, also etwa doppelt so viel als bisher, das Recht haben sollen, die hundert Abgeordneten, aus welchen fortan die Zweite Kammer bestehen soll, zu wählen, aber die Rechte wird sich doch nie mit dem Grundsatz vereinigen können, daß das bisher dem Wahlrecht zu Grunde liegende Prinzip des Miethwerthes vollständig über Bord geworfen ist, während die Linke und namentlich der radikalere Theil derselben an dem doch noch festgehaltenen Vermögenszensus Anstoß nimmt. Der Minister wird, wie er sich wiederholt ausgesprochen hat, zu einer

---

später erkennen, wenn es überhaupt noch ein „Später" für uns geben soll."

Die Venetianerin zog bei diesen Worten den Handschuh ab und ließ den Ungar eine Hand sehen, deren Weichheit und sorgsame Pflege auf eine hohe Abkunft deutete; sie löste einen dünnen Reifring mit einer einfachen Diamantfassung vom Finger und gab ihn mit dem dargebotenen Ringe zugleich die zarte, rosige Hand, und bezaubert durch den leisen Druck, der ihm als Erwiderung des seinigen zu Theil ward, rief er: „Verfüge über mich, Du reizende Zauberin, ich mache mich ganz zu Deinem Eigenthume!"

„Ich verlange von Ihnen nichts, als daß Sie jenen Antonio hier festhalten; vermögen Sie selbst nichts über ihn, so nehmen Sie die Hilfe Ihrer Freunde in Anspruch; bieten Sie Alles auf, ihn zu berauschen, thun Sie, was sie wollen, nur lassen Sie ihn nicht fort."

„Ich schwöre es Dir, er soll hier bleiben und müßte ich ihn mit meinen eigenen Händen fesseln; — aber nur eine Bitte gewähre mir, Du verführerische Zauberin, versprich mir, daß es mir gestattet sein soll, Dich außer der Maske zu sehen."

„Es hängt vom heutigen Abend ab, ob und wie wir uns wiedersehen wollen."

Der Ungar wollte noch etwas sagen, die Maske aber hatte ihm sanft den Arm entzogen und war davon geeilt. Von diesem Augenblicke an war das Blumenmädchen von der Redoute verschwunden. Ihre geistvolle Unterhaltung hatte Aufsehen erregt; sie ward von Vielen gesucht, aber Niemand wußte, wo sie gewesen, wo sie hingekommen.

Es war gegen drei Uhr nach Mitternacht. Die Masken hatten sich verloren oder vielmehr die Larven hatten sich entpuppt und flatterten nun im glänzenden Ballkostume als Schmetterlinge dahin. Die Nichttänzer hatten sich in besondere Räume zurückgezogen, wo sie je nach ihrer Neigung beim Wein oder Spiel ihr Vergnügen suchten.

Das kleine Seitenkabinet, in welches wir vorher die beiden Freunde hatten treten sehen, bot jetzt einen eigenthümlichen Anblick dar.

Um einen mit Flaschen und Gläsern bedeckten Tisch saßen oder vielmehr lagerten sechs junge Männer, deren Gesichter allein zu Verräthern ihres Zustandes hätten werden müssen. Die seidenen Mäntel, Masken und Trachten lagen, mit Füßen getreten, entstellt und zerrissen auf dem Fußboden umher, und diejenigen Theile, deren sich die Träger nicht entledigen konnten, waren an den Körpern derselben in einem nicht minder desolaten Zustande.

Auf den ersten Blick konnte man es erkennen, daß die jungen Leute insgesammt Kandidaten der Wissenschaft waren, und wenn man sich ein wenig Mühe geben wollte, mußte man auch die Fakultäten erkennen, denen sie angehörten. Der junge Mann in ungarischer Tracht mit dem scharf markirten, eben so klugen wie sinnlichen Gesichte hätte sicherlich seinen Zweck verfehlt, wenn er sich nicht der Rechtswissenschaft gewidmet hätte; sein Nachbar mit dem schlaffen, schlaftrunkenen Gesichte konnte nur ein angehender Beamter sein; der Dritte mit dem weinseligen Vollmondsgesicht und dem sorgfältig gekräuselten Haar, welch letzteres trotz des wackelnden Kopfes nicht aus seiner Lage gerückt worden war, konnte nur ein Mediziner sein, der sich vorzugsweise zum Frauenarzt qualifizirte; der Vierte ein junger Mensch von angenehmen Aeußern mit dem harmlos gemüthlichen, fast weichen Gesichte, konnte gleichfalls nur Arzt sein, aber ein solcher, der in Behandlung innerer Krankheiten weit glücklicher ist, als in Operationen.

Rudolph Schwarz, so ist der Name dieses angehenden Arztes, muß sicherlich einmal ein sehr beliebter, aber wenig berühmter Name werden. Den erwählten Beruf des Fünften hätte, wenn nicht schon sein kurzsichtiges, geschwächtes Auge, doch sicherlich sein gleichmäßig ruhiges Wesen verrathen; ein Mensch, der zwischen fünf halb und ganz Berauschten nüchtern bleibt, ein Mensch, der nur lächelt, wenn Andere toben, der sich nie aufregt, nicht singt, nicht tanzt, nicht liebt, sich mit Büchern überladet, das Leben aus dicken Folianten studirt und eminente Examen macht, ist ein angehender Lehrer, ein Pedant, ein Denker und Philosoph.

Die Anwesenheit dieses Menschen an diesem Orte hätte man sich nicht anders erklären können, als daß er mit Gewalt hierher geschleppt worden sei.

Antonio, der Sechste in der Gesellschaft, war auf das Zureden der Andern, die sämmtlich zu seiner Bekanntschaft gehörten, noch mehr aber seinem Freunde zu Liebe, hier geblieben. Jeder Einzelne gab sich Mühe, ihn zu erheitern, Alle tranken ihm zu; er that Bescheid, und der reichlich genossene Wein konnte seine Wirkung nicht verfehlen. Anfangs der Gedrückteste und Schweigsamste in der Gesellschaft, war er bald das belebende Element in ihr, und seine Lust war um so wilder, je mehr sie mit seinem nüchternen Seelenzustand im Widerspruch war. Die Musik im Ballsaale war verstummt, die ermüdeten Tänzer hatten sich verloren, nur aus dem Seitenkabinet schallte noch von Zeit zu Zeit lautes Lachen und Gläserklirren durch den verödeten Raum. Mehrmals schon hatte der Eine oder Andere der sechs jungen Leute zum Aufbruch gemahnt; nur der Ungar hielt sie noch immer, seinem Versprechen getreu und auf die weitere Weisung des Blumenmädchens harrend, zurück. Endlich war all sein Zureden vergebens, der Philosoph erhob sich zuerst; ihm folgten Antonio und die Uebrigen.

Die jungen Leute taumelten, einer den andern unterstützend, die Treppe hinab, und wurden schon auf dem Korridor von einem Dutzend bereitwilliger Diener in Empfang genommen, die sie zu einem Wagen geleiten wollten.

Auf der Straße gesellten sich zu jenen noch eine Anzahl Fiaker, welche jeden Neuankommenden mit einem vielstimmigen „Fahr mer Euer Gnaden?" umschwärmten.

Schon in der Vorhalle hatte sich ein fremder Mann an Antonio herangedrängt, und da es trotz des nahen Morgens noch sehr dunkel war, hatte es Niemand, Antonio aber am allerwenigsten bemerkt, daß der Mann, auf dessen Arm gestützt er auf die Straße kam, nicht zu seiner Gesellschaft gehörte. In der Meinung, daß es Rudolph sei, folgte er ihm, ohne sich um die Andern weiter zu bekümmern, zu einem bereit stehenden Wagen und nachdem er mit Hilfe seines Begleiters eingestiegen war, warf Letzterer den Schlag zu und der Wagen rollte, ohne daß die Einsteigenden dem Führer eine weitere Weisung gaben, im Fluge dahin. Erst nachdem die jungen Leute sich arrangirt und zwei Wagen in

Einführung des allgemeinen Wahlrechtes niemals die Hand bieten. Die holländischen Arbeiter sind leider noch nicht organisirt genug, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Frankreich.

Die Gruppen der Linken in der französischen Deputirtenkammer suchen nach geeigneten Mitteln, um ihre frühere Abstimmung ungeschehen zu machen und das Ministerium zu bestimmen, im Amte zu bleiben. Bis jetzt hat aber Ministerpräsident Freycinet alle bezüglichen Vorschläge abgelehnt. Der Korrespondent der „Voss. Ztg." telegraphirt über den Verlauf der Ministerkrisis: Grevy hatte im Ministerrath den Vorsitz, er suchte Freycinet zur Zurücknahme des Entlassungsgesuchs zu bestimmen, doch verweigerten dies Freycinet und die übrigen Minister entschieden. Floquet erklärte seinen politischen Freunden, er werde keinesfalls Freycinet's Erbschaft antreten. In der Kammersitzung zeigte Freycinet amtlich den Rücktritt des Kabinets an; bis zur Ernennung der Nachfolger werde das Kabinet die laufenden Geschäfte erledigen, doch glaube es nicht mehr eine genügende Autorität zu besitzen, um an der Staatshaushaltsberathung Theil nehmen zu können. Laguerre beantragte die Aufhebung der Sitzung bis vier Uhr. Großer Lärm. Der Antrag wird abgelehnt und Vertagung der Sitzung bis Montag beschlossen. Vor der Sitzung versammelte sich die radikale Linke, um über die Mittel zur Beendigung der Ministerkrisis zu berathen. Alle Mitglieder waren darüber einig, daß die Abstimmung kein Mißtrauensvotum war und man durch Darlegung der wirklichen Gefühle der Mehrheit das Kabinet zu erhalten suchen müsse. Auf Rivet's Antrag wurde beschlossen, eine Interpellation einzubringen und sie mit einer Vertrauenskundgebung zu schließen. Für letztere wurden zwei Fassungen vorgeschlagen; die eine lautet: Die Kammer, welche das Verwaltungsräderwerk zu vereinfachen wünscht, jedoch den Regierungserklärungen über diesen Gegenstand vertraut, geht zur Tagesordnung über; die andere Fassung lautet: Die Kammer, den Regierungserklärungen vertrauend und überzeugt, daß die Unterpräfekturenreform bloß ein erster Schritt zu umfassenderen Reformen sein wird, geht zur Tagesordnung über. Die Versammlung schickte ihren Vorstand zu Freycinet, um ihm diese Beschlüsse mitzutheilen. Freycinet erklärte ihr kurz und bestimmt, er lasse sich auf den vorgeschlagenen Ausgleich nicht ein. Die Vereinigung der Linken beschloß in ihrer Versammlung, allen Versuchen zur Erhaltung des Kabinets zuzustimmen, doch werde sie in dieser Hinsicht keinerlei Initiative ergreifen, da sie gestern fürs Kabinet gestimmt habe, also für die Krise nicht verantwortlich sei. In der Versammlung der äußersten Linken klagte man die Regierung an, die Krise willkürlich herbeigeführt zu haben, da die Abstimmung nur Sarrien, nicht aber das Gesammtkabinet und am allerwenigsten Freycinet treffe; übrigens habe die Regierung durch ihre Weigerung, Reformen vorzunehmen, alles verschuldet. Man beschloß, sich mit der radikalen Linken zu verständigen, um gemeinsam vorzugehen. Freycinet ging in den Senat und sagte seinen dortigen Freunden, er sei nicht aus Empfindlichkeit zurückgetreten, sondern weil die Parteiverhältnisse in der Kammer ihm das Weiterregieren unmöglich machten; die unsichere und geringe Mehrheit gebe ihm keine genügende Autorität in den jetzt besonders heikeln Unterhandlungen mit ausländischen Regierungen. Allseitig besteht der lebhafteste Wunsch, das Kabinet zu erhalten. Bis Montag werden die radikale Linke und die Vereinigung der Linken Anstrengungen machen, um Freycinet umzustimmen, doch sind die Blätter sehr schwarzseherisch. Die einen halten die Kammerauflösung für unvermeidlich, doch äußerst gefährlich; die anderen überhäufen die äußerste Linke mit Vorwürfen. Die „Justice", Clemenceau's Organ, erklärt Reformen für unerläßlich, und wenn Freycinet sich ihnen widersetze, so habe er nur, was er verdiene. Die Stimmung ist allgemein niedergedrückt.

Großbritannien.

Die „Times" befürworten wiederum unnachsichtige Strenge für Irland: „Wir wünschen, die Regierung wäre sich mehr ihrer Stärke, der Unterstützung einer Nation, welche noch nicht verlernt hat, Integrität zu schätzen, bewußt. Die Schwierigkeiten, unter welchen das Ministerium in Folge der Unvollkommenheiten des Gesetzes kämpft, liegen klar zu Tage und man sollte billig dieselben wohl in Betracht ziehen. Aber Niemandem sollte der geringste Zweifel übrig gelassen werden, daß Gebrauch von jeder Waffe, deren Anwendung das Gesetz gestattet, gemacht werden wird. Leider erhält sich immer noch das Gerücht, daß gegen gewisse Leute Nachsicht geübt werden soll. Es ist natürlich das Interesse der Agitatoren, diese Gerüchte zu übertreiben und darauf zu sagen, daß der Schrecken, welchen sie einflößen, der Grund der Milde sei. Die einzige richtige Antwort auf alle Kunstgriffe der Agitatoren ist, die Bevölkerung zu überzeugen, daß, wenn eine Exmission gerichtlich angeordnet ist, sie trotz alles Widerstandes ausgeführt wird. Gewisse Dinge, die kürzlich passirt sind, dienen gewiß nicht dazu, diese Ueberzeugung zu stärken und ihre Wirkung nach der entgegengesetzten Richtung ist immens. Die „stetige Handhabung einer ehrlichen Regierung", welche Lord Salisbury versprochen hat, muß mit unbeugsamer Strenge beginnen, sonst wird sie überhaupt nicht beginnen. Die Polizei hat eine aufrührerische Versammlung in Cork aufgelöst. Ohne Zweifel wird darüber viele wortreiche Entrüstung entstehen, die Regierung braucht sich aber darum nicht zu kümmern. Sie muß sich die Thatsache klar machen, daß die Krisis in dem Kampfe mit den Mächten der Gesetzlosigkeit jetzt erreicht ist, daß entweder die letzteren zusammenbrechen werden, oder die Autorität der Regierung schwer geschädigt wird. Die Irländer erkennen sehr wohl ihre Herren und stellen sich dann schleunigst auf die Seite des Stärkeren." Hochmuth kommt vor dem Falle, wird es wohl auch den irenfeindlichen Engländern gegenüber heißen.

Aus London, 3. Dezember, wird geschrieben: Die Stadt Cork war gestern Abend wiederum der Schauplatz ernstlicher Ruhestörungen. Veranlassung dazu bot die feierliche Abholung des Farmers Timothy Hurley vom Bahnhofe. Hurley hat früher einer Exmission erfolgreich Widerstand geleistet. Jetzt schwebt gegen ihn eine Anklage, weil man Dynamit in seinem Besitz gefunden hat, jedoch wurde er von den Behörden gegen Stellung von Bürgschaft auf freiem Fuße belassen. Hurley's Ankunft in Cork sollte nun zu einer Demonstration benutzt werde. Im Triumphzuge wurde er, zwischen den Parlamentsmitgliedern O'Connor und Dr. Tanner sitzend, in einer Kutsche nach dem Gerichtshause gefahren, wo die Versammlung stattfinden sollte. O'Connor hatte seine Rede schon vom Wagen aus begonnen, als die Menge bemerkte, daß ein Regierungsstenograph sich Notizen machte und sich auf ihn stürzen wollte. O'Connor intervenirte jedoch und lud den Reporter ein, in dem Wagen Platz zu nehmen. Damit war aber der heißspornige Hurley nicht einverstanden. Mit den Worten, daß er nie und nimmer bei einem Spion sitzen würde, sprang er vom Wagen. Die aufgeregte Menge wollte den Stenographen schon herunterreißen, als 30 Polizisten unter dem Kommando des Inspektors Welling erschienen. Der letztere erklärte die Versammlung sofort für aufgelöst, und als die Menge keine Miene machte, auseinander zu gehen, schritt die Polizei mit blanker Waffe ein. Mehrere Personen wurden übel zugerichtet, ein Mann trug eine Kopfwunde davon. O'Connor fragte hierauf den Inspektor, mit welchem Rechte er die Versammlung auflöse, erhielt aber keine Antwort. Dann erklärte er, die Versammlung werde dennoch abgehalten werden, obgleich die meisten Anwesenden sich schon aus dem Staube gemacht hatten. Die Aufregung stieg immer mehr, Inspektor Welling erhielt einen Schlag. Ein Polizist versuchte, O'Connor zu verhaften. Dr. Tanner, der seinen Kollegen befreien wollte, wurde von einem Polizeiknüppel zu Boden geschlagen. O'Connor versetzte dem Inspektor einen Faustschlag, wurde jedoch nicht verhaftet. Endlich begab er sich, nachdem die Menge längst nach allen Richtungen Fersengeld gegeben hatte, ins Victoria Hotel, von dessen Treppe aus er die Feigheit seiner Landsleute brandmarkte.

Italien.

Der Herzog Visconti di Modrone, Besitzer einer großen Sammetfabrik in Vaprio d'Adda, hat den Betrieb eingestellt, weil der dortige Steuererheber die plötzliche Erhöhung der Fabriksteuer auf den dreifachen Betrag beabsichtigte. Da hierdurch 8—900 Arbeiter brotlos geworden sind, so hat ein Abgeordneter, Pavesi, eine Interpellation an den Finanzminister angekündigt. Wie es heißt, hat der letztere in privater Form bereits seine Bereitwilligkeit erklärt, den Fall zu untersuchen und die Kontroverse beizulegen. Ein Regierungskommissär soll Erhebungen über die Berechtigung und Opportunität der Steuererhöhung anstellen.

Balkanländer.

Die an die Vertragsmächte entsandte bulgarische Deputation beabsichtigt, auch bei dem russischen Botschafter in Wien, Lobanow, vorzusprechen, um demselben zu erklären, die bulgarische Regierung würde einwilligen, ein Ministerium aller Parteien zu bilden, welches die gegenwärtige Sobranje aufzulösen hätte. Die Bulgaren hoffen, daß es ihnen gelingen würde, wenn sie in Petersburg empfangen werden könnten, diese Kombination zur Annahme zu bringen und stützen ihre Hoffnung auf die Gewißheit, daß der Minister v. Giers sich dieser friedlichen Lösung nicht widersetzt habe, als davon während der Session der Sobranje in Tirnowa zum ersten Mal die Rede war. Nach russischer Ansicht hält man jedoch gegenwärtig Zugeständnisse für unnütz, da Anhänger Rußlands nicht in eine Regierung eintreten würden, in welcher die gegenwärtigen Machthaber sich befänden; auch seien alle Schritte, in Petersburg empfangen zu werden, im vorhinein resultatlos.

Es wird versichert, Rußland habe bei der Pforte behufs Ernennung des Fürsten von Mingrelien zum Gouverneur von Ostrumelien sondirt, sei aber dabei auf direkten Widerstand des Sultans gestoßen. — Der Ministerrath hat beschlossen, die Garnisonen auf Kreta zu verstärken.

Afrika.

Die Neuwahlen für die egyptische National-Versammlung sind auf den 15. d. Mts. ausgeschrieben. Man weiß, daß Lord Dufferin Egypten mit der Segnung einer parlamentarischen Körperschaft bedacht hat, wobei er von der Anschauung ausgegangen sein mag, daß es nichts schaden könne, den Fellahs einen Schein der Freiheit zu gewähren, wenn nur die Regierung in Wahrheit alle Gewalt in sich vereinigt. Das egyptische Parlament hat die Eigenthümlichkeit, daß die Regierung in gewissen Fällen verpflichtet ist, seine Meinung einzuholen, daß es ihr aber unbenommen bleibt, nach eigenem Gutdünken zu verfahren, wenn das Votum der Volksversammlung ihre Vorlagen nicht billigt. Das ist freilich ein wohlfeiler Parlamentarismus und die egyptische Nationalvertretung ist darnach. Anfangs jubelte ganz Egypten, und mit dem Enthusiasmus, dem das arabische Naturell sich so leicht hingiebt, wurden die kühnsten Hoffnungen auf eine neue Aera geknüpft. Die Ernüchterung ist aber rasch eingetreten und heute ist Niemand mehr, der bei dem Gedanken einer Neubildung dieses Parlamentes irgend eine Regung empfände.

Gerichts-Zeitung.

† **Das „Märchen" als — Zahnstocher.** Die Industrie bemächtigt sich jeden Stoffes, der das Interesse der Großstadt auf einige Zeit, und wären es einige Tage, beschäftigt. Das „Märchen", jenes vielbesprochene, durch einen Prozeß in seiner Art berühmt gewordene lüsterne Bild des Professor Gräf, das, ein Kitzel für die abgestumpften Gaumen der Genußwelt, eine nackte Frauensperson darstellt, die im Begriff ist, in ein Bad hinabzusteigen, hat einen betriebsamen Elfenbeinwaarenfabrikanten angeregt, einen Zahnstocher zu verfertigen und in den Handel zu bringen, der die Figur eines nackten Mädchens zeigt, deren bewegliche Arme und Beine als Ohrlöffel und Zahnstocher dienen. Ueber die Geschmacklosigkeit dieses Einfalls ein Wort hier zu verlieren, wäre unangebracht; genug, der Zahnstocher wurde gekauft, viel gekauft und, ein noch größerer Beweis für das Gelungene der „Erfindung", er wurde nachgeahmt. Der geniale Entdecker war jedoch vorsichtig genug gewesen, sein „Geschmacksmuster" gesetzlich schützen zu lassen und deshalb war er um so weniger gesonnen, sich sein „geistiges Eigenthum" und den Verdienst dazu aus den Händen reißen zu lassen. Er stellte deshalb den Strafantrag und erreichte, daß gestern die zweite Strafkammer des hiesigen Landgerichts I über diese Verletzung seines Urheberrechtes verhandelte. Der Elfenbeinwaarenfabrikant, welcher das Muster nachgeahmt hatte, behauptete, daß diese geschützte Erfindung weder neu noch originell sei, da bereits Zahnstocher in Gestalt von männlichen Figuren, als Teufel, Harlekin, Kapuziner vorhanden und im Handel vertrieben würden. Das Gutachten des „gewerblichen Sachverständigen-Vereins" entschied sich jedoch zu Gunsten des Geschädigten; es wurde begutachtet, daß das Muster in der That im Sinne des Gesetzes schutzberechtigt sei. Auf Grund dieser Bekundung verurtheilte der Gerichtshof den Nachentdecker und den Händler, der die nachgemachten „Märchen-Zahnstocher" vertrieben hatte, zu einer Geldstrafe von je 100 Mark. Der Geschädigte hatte einen Schadenersatz von 500 Mark beansprucht; er behauptete nämlich, um so viel weniger verdient zu haben, als die Konkurrenz sich aufthat. Seinen Gesammtverdienst im Laufe eines Jahres bezifferte er auf zirka 3500 Mark, eine recht anständige Summe für die Erfindung. Der Gerichtshof verwies den Geschädigten jedoch auf den Weg der Privatklage, da derselbe vergessen hatte, zu beantragen, als Nebenkläger zugelassen zu werden.

† **Die verschwundene Hose.** Eine tragikomische Geschichte beschäftigte gestern die erste Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. Der Held derselben ist ein ehrsamer Bäckermeister, ein großer Verehrer des weiblichen Geschlechts. So macht es ihm ein Hauptvergnügen, jene Lokale aufzusuchen, die „äußerlich" durch eine farbige Laterne und exotische Namen, „innerlich" durch schlechtes einheimisches Bier, das als „Echtes" zu sehr unzivilen Preisen verzapft wird, auffallen, die ihre Gäste aber durch Bedienung von „zarter Hand" zu entschädigen versprechen. In einem dieser Lokale war an einem Herbstabend d. J. der Herr Bäckermeister H. Er knüpfte ein Gespräch mit der Kellnerin an, die sich zu ihm gesetzt hatte, zahlte mehrere Glas Bier für sie und machte ihr schließlich den Vorschlag, das Lokal zu verlassen und ihn zu begleiten. Das Mädchen war damit einverstanden, sie hatte heftige Kopfschmerzen und ihr lag daran, in's Freie zu kommen. Da ihr aber der Wirth die Erlaubniß hierzu nicht bewilligt hätte, wie sie anzunehmen allen Grund hatte, so ersann sie einen Plan, um sich unbemerkt aus dem Zimmer hinauszuschmuggeln. Sie bat den Bäckermeister, ihren Mantel und ihren Hut an sich zu nehmen und hinauszugehen; sie werde ihm dann sofort folgen. Der Bäckermeister war galant genug, diese Gefälligkeit zu erfüllen, er nahm die Kleidungsstücke des Mädchens von einem Garderobenständer, der im dunklen Hintergrunde des Zimmers stand, weg und verließ ungehindert das Wirthshaus. Draußen wartete er in einem Hausflur. Es vergingen zehn Minuten, eine Viertelstunde, eine halbe Stunde, das Mädchen erschien nicht. Nach einer Stunde vergeblichen Wartens nahm die Geduld des Bäckermeisters ein Ende und er suchte seine Wohnung auf. Den Mantel und den Hut des Mädchens nahm er mit, denn er hatte nicht den Muth, mit diesen Sachen die Restauration zu

---

Beschlag genommen hatten, bemerkte es Rudolph, der allein zurückgeblieben war und auf seinen Freund wartete, daß dieser nicht bei ihm war. Er rief mit lauter Stimme: „Antonio, wo bist Du?" Doch da er keine Antwort erhielt, kehrte er in der Meinung, Antonio sei noch zurückgeblieben, wieder um. Antonio war nirgends zu finden; erst nachdem der Suchende durch einen Lohnkutscher die Versicherung erhielt, daß zwei der herabkommenden Herren vor den andern in einem bereit stehenden Wagen davongefahren seien, verfügte sich Rudolph, dessen Zustand ihm kein längeres Nachdenken gestattete, sorglos in seine Wohnung.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Auch ein Thronkandidat für Bulgarien. Der Eigenthümer der größten Bäckerei, Konditorei und Honigkuchen-Fabrik in Charkow (Rußland), Namens Polojuchtoff, ist wegen seines Ehrgeizes allgemein bekannt und wird wegen seiner reichen Gaben an die Klöster von der Geistlichkeit stets ausgezeichnet; er besitzt eine Anzahl Medaillen und Ehrenzeichen, dagegen etwas weniger — Verstand. In diesen Tagen erschienen bei ihm drei Herren, welche sich als Deputirte aus Bulgarien zu erkennen gaben und erklärten, beauftragt zu sein, ihn um die Annahme des verwaisten Thrones zu bitten. Während sie noch sprechen kommt, ein Telegramm aus Sofia mit der gleichen Bitte. Polojuchtoff hält die Sache für unwahrscheinlich, aber am Ende nicht ganz für unmöglich. Er bittet die Herren, bei ihm zu speisen, wirft sich in seine Uniform — er ist Mitglied des Gemeinderathes — und fährt, um sich Rathes zu holen, zu dem Rektor der Universität, namentlich um zu wissen, ob es seine Pflicht sei, den Gouverneur von der Thatsache zu unterrichten. Der Rektor räth ihm, nicht zum Gouverneur, sondern — ins Irrenhaus zu fahren. Das sieht der Gute jetzt auch ein und kehrt nach Hause zurück. Dort findet er die „Deputation" nicht mehr vor; mit derselben aber sind aus seinem Bureau allerhand Kostbarkeiten, Gelder und Werthpapiere verschwunden.

Eine neue Seidenkultur. Die Zeitschrift für die landwirthschaftlichen Vereine des Großherzogthums Hessen bringt in Nr. 44 einen interessanten Aufsatz über einen japanesischen Seidenspinner, Attacus Cynthia, dessen Raupe sich vielleicht zur praktischen Seidenzucht verwenden läßt. Der große, schöne Schmetterling besitzt eine Flügelweite von 12 Zentimetern und war 1873 in Wien sammt Raupen und Kokons von Japan aus ausgestellt worden. Von da aus sind einige lebende Kokons nach Mainz gekommen, von einem dortigen Liebhaber weiter gepflegt und Schmetterlinge zum Verkauf gezüchtet worden. Die Raupe entschlüpft dem Ei nach 14 Tagen und geht dann sofort an das Futter. Als solches dienen die Blätter des Götterbaumes, **Ailanthus glandulosa**, der sehr rasch wächst und als Zierbaum auf Plätzen und Straßen vielfach zu finden ist. Seine großen gefiederten Blätter liefern den Raupen reichliche Nahrung. Außerdem nehmen diese auch noch die Blätter des Essigbaumes, der noch häufiger ist, und zur Aushilfe können sogar die Blätter der Weberkarde, **Dipsacus fullonum**, dienen. Wegen der leichteren Beschaffung der Nahrung hat somit der genannte Spinner einen großen Vorzug vor dem bisher gezüchteten; weiter aber auch erlaubt er zwei und in heißen Sommern sogar drei Generationen zu erziehen und erhält dadurch ein großes Uebergewicht über den chinesischen Spinner, der nur eine Generation im Jahre hervorbringt. In den 12 Jahren, während welcher die Raupen bis jetzt in Mainz gezogen worden sind, hat sich keine Krankheit bei ihnen gezeigt. Die Redaktion der oben genannten hessischen Zeitschrift giebt auf Anfragen die Adresse des Mainzer Züchters.

Ein seltenes Naturspiel wurde dieser Tage bei Sonnenuntergang in Homorod-Hevis, am Fuße der Fogaraser Alpen beobachtet. Die Sonne senkte sich hinab und färbte den Schnee der Berggipfel mit Purpur. Auf einmal stiegen in der Abendröthe zwei strahlende Sonnen auf, die in kleiner Entfernung von einander mehrere Minuten hindurch stehen blieben. Zwei Tage später wiederholte sich diese merkwürdige Naturerscheinung, jedoch mit dem Monde. Dieses Phänomen verschwand ebenfalls rasch, ließ jedoch einen Wolkenstreifen von blendender Silberfarbe zurück. — Ein Phänomen ist von der Kalocsaer Sternwarte am 28. November beobachtet worden. Auf der südöstlichen Seite der Sonnenscheibe war nämlich eine seltene Protuberanz sichtbar. Die ausgebrochene Flamme erhob sich bis zu einer Höhe von 22 000 Meilen. Gegenwärtig hat sich die Flamme vom Sonnenkörper bereits abgelöst und schwebt nun in Wolkengestalt oberhalb der Sonnenscheibe.

Eine merkwürdige Mineraliensammlung befindet sich in den Kellerräumen der Akademie San Fernando zu Madrid. Diese besteht aus eine Ansammlung von Kisten, welche uneröffnet jene Räume seit etwa 200 Jahren ausfüllen und vielleicht noch eben so lange ihrer Eröffnung harren, wenn ihnen nicht ein besseres Geschick zu Theil wird. Sie stammen noch aus jener Zeit, wo die Sonne in dem spanischen Reiche niemals unterging, und zwar aus der Blüthezeit der spanischen Herrschaft in Mexiko und Süd-Amerika, wo die dortigen Bergwerke noch das Dorado der ganzen Welt waren. Daß jene aber die seltsamsten Sachen enthalten werden, ist anzunehmen, da man damals nur Pracht- und Schaustücke als „**curiosa naturae**" für wissenschaftliche Zwecke zu sammeln pflegte. Ueber allen Reichthum, welcher damals aus den amerikanischen Kolonien über Spanien kam, mochte man an solche Winzigkeiten nicht denken, umsoweniger, als ja heute noch die staatliche Naturwissenschaft ganz mittelalterig ist und man diese Wissenschaft auch ohne Sammlungen und Laboratorien lehren zu können meinte. In den Reisebriefen der Gebrüder Fraase in Stuttgart aus Süd-Frankreich und Spanien heißt es geradezu: „Welch' ein Verdienst wäre es vom deutschen Kanzler, wenn er bei der spanischen Regierung ein Gebot von 100 000 Frks. auf die uneröffneten spanischen Kisten machen würde. Auch die Humboldt'schen Sammlungen seiner amerikanischen Reise, welche als wissenschaftlicher Tribut an die spanische Regierung abgeliefert werden mußten, befinden sich seit 1804 noch unberührt und wahrscheinlich von Niemand durchstudirt in einem Wandschrank magazinirt." Wie, fragt der Berichterstatter, mag der naturhistorische Unterricht an der Akademie beschaffen sein, wenn solche Dinge möglich sind?

Aus Rache die Nase abgebissen. Aus Neutra wird dem „Pest. Ll." folgender Racheakt berichtet: Die Wittwe Kallinay ließ ihren Pächter Moriz Ungar in Uezbégh wegen angeblichen Pachtrückstandes exequiren. Die Angelegenheit führte der zukünftige Schwiegersohn der Kallinay, der Advokaturs-Kandidat Julius Vießt. Der Pächter wurde durch die gegen ihn geführte Sicherstellung in den Konkurs getrieben und riß auch andere zwei Familien, die für ihn in Wechselobligo standen, mit in den Ruin. Für den Urheber seines Unglückes hielt er den Leiter der Angelegenheit, an dem er am 1. d. M. auch furchtbare Rache übte. Für diesen Tag war die Lizitation der Fahrnisse Ungarns ausgeschrieben. Als Vießt mit dem Beamten in Uezbégh in das Haus des Exekuten kam, begann erst die Mutter, dann die Frau Ungars einen Wortstreit mit ihm, worauf Ungar dazutrat, die Hände V.'s begütend faßte, ihn umarmte und ihm buchstäblich die Nase abbiß. Der Beamte stellte sofort den Gerichtsakt ein, erstattete von dem Vorfalle die Anzeige und brachte den Verwundeten zur Pflege nach Neutra.

betreten und er entschloß sich, sie durch einen Dienstmann zurückzuschicken. Ein böser Zufall war es, der Rosalie, so hieß die Kellnerin, gehindert hatte, ihr Wort zu halten. Gerade als sie im Begriff war, sich zu entfernen, erschien der Sohn des Wirthes und ging an den Garderobenständer, um von dort die „Extrahosen" herunter zu nehmen, die er hingehängt hatte. Diese Hosen waren verschwunden. In der Hast, mit welcher der Bäckermeister den Mantel des Mädchens von dem Haken genommen, hatte er nicht bemerkt, daß er dabei die darunter hängenden Hosen mitgefaßt hatte. Der Sohn des Wirthes schlug, entrüstet über den Verlust seiner neuen Unaussprechlichen, Lärm, die Polizei wurde geholt, und das Mädchen, welches Angst hatte, ihr armseliges Brot zu verlieren, wagte nicht die Wahrheit zu gestehen, sondern sagte, der Gast, der zuletzt in dem Zimmer gewesen sei, habe die Hosen mit ihrem Mantel zugleich gestohlen. Am nächsten Morgen wurde der Herr Bäckermeister durch den Besuch einiger Kriminalschutzleute nicht gerade angenehm überrascht. Er erzählte den Hergang und so kam die falsche Denunziation, die ihn getroffen, zum Vorschein. Das Mädchen wurde angeklagt und stand gestern vor der oben genannten Strafkammer. Der Gerichtshof sah den Fall als milde an und erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts auf eine Gefängnißstrafe von einem Monat gegen die Angeklagte.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Arbeiterkammer in Oesterreich. In einer Flugschrift Dr. Victor Adler's über „die Arbeiterkammern und die Arbeiter" (Wien, 1886, Genossenschaftsbuchdruckerei) finden wir den Wortlaut der Resolution mitgetheilt, in welcher die am 20. Oktober in St. Pölten stattgefundene Volksversammlung Stellung zu dem Plener'schen Entwurf nahm. Die Resolution lautet: „In Erwägung, daß eine korporative Vertretung der Lohnarbeiter nur dann einen ausgedehnten Werth hat, wenn dieselbe ausgerüstet ist mit ausgedehnten Befugnissen zur Erhebung der Lage der arbeitenden Klasse, zur bestimmenden Einflußnahme auf die Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre ehrliche Durchführung, auf die Ernennung und Kontrole der Gewerbe-Inspektoren und mit der Machtvollkommenheit, sich der Organe der staatlichen und kommunalen Verwaltung zu diesen Zwecken zu bedienen; — in Erwägung, daß eine zielbewußte Vertretung der Arbeiterschaft nur zu Stande kommen kann, wenn durch die vorbereitende Thätigkeit von Gewerkvereinen und Arbeiterverbänden das Klassenbewußtsein ein allgemeines und deutliches geworden ist; — in Erwägung, daß der von liberaler Seite eingebrachte Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeiterkammern diesen Voraussetzungen keineswegs entspricht, seine einzelnen Bestimmungen sowohl, was die Kompetenzgrenzen der Kammern als was das aktive und passive Wahlrecht in dieselben anbelangt, vom engherzigsten Bourgeoisstandpunkte und von laienhaftem Dilletantismus diktirt sind; daß Parteien, welche die bei uns geübte Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechtes zustimmend oder stillschweigend zulassen, der ernste Wille zur Ermöglichung einer Organisation der Arbeiterschaft überhaupt nicht zuzutrauen ist; — in schließlicher Erwägung, daß das winzige Ausmaß von parlamentarischer Vertretung, welches der Gesetzentwurf den Arbeitern gönnt, durch den indirekten Wahlmodus nicht geeignet ist, den wichtigsten und wesentlichsten Vortheil des allgemeinen Stimmrechtes — die Ermöglichung der politischen Erziehung und der freien Diskussion — zu erfüllen, erklärt die heutige Volksversammlung, daß der am 5. Oktober eingebrachte Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeiterkammern in keiner Weise den Anforderungen, welche an eine zweckdienliche Vertretung der Interessen der Lohnarbeiter gestellt werden müssen, entspricht und daß das Proletariat seine bestimmte, immer und immer wiederholte Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechte niemals für das Linsengericht eines dürftigen Zubaues an die gegenwärtige Interessenvertretung aufgeben werde.

In den Zentralwerkstätten der Staatseisenbahnen zu Chemnitz ist vor einigen Tagen der 4000ste Wagen hergestellt worden. Seit dem nunmehr 10 jährigen Bestehen dieser Fabrik wurden 250 000 Zentner Stahl und Eisen und 8000 Kubikmeter Holz gebraucht. Den Arbeitern aber wurde aus Anlaß „dieses Ereignisses" das übliche Verbrüderungsfest zwischen Kapital und Arbeit gegeben. Solange nämlich in den Staatswerkstätten nach den Prinzipien der Privatindustrie produzirt wird, steht der Staat dem Arbeiter genau so wie der Privatkapitalist gegenüber. Deshalb sollen auch hier die bekannten Verbrüderungsfeste aushelfen.

Bekämpfung der Sonntagsruhe. Auch in Holland ist der Kampf um die Sonntagsarbeit entbrannt. Die Kammer beschäftigt sich mit dieser Frage. Petitionen für und gegen treffen in Hülle und Fülle ein. Eine sehr interessante haben die Diamantarbeiter Amsterdams gegen Einführung der Sonntagsruhe eingereicht. Dieselben heben nämlich hervor, daß dort zur Zeit 60—70 Dampfdiamantschleifereien im Betrieb stehen, in welchen 6000—7000 Arbeiter thätig sind. Außerdem sind noch Hunderte von Männern, Knaben und Mädchen bei diesem Gewerbszweig beschäftigt, dessen Umfang übrigens zur Genüge aus dem Umstande hervorgeht, daß die betreffenden Arbeiter zwei Hilfskassen für Wittwen und Waisen besitzen, deren Gesammtreserve 220 000, bezw. 30 000 fl. beträgt, zwei weitere ähnliche Kassen nicht mitgerechnet, für welche genaue Angaben fehlen. Nun gehören von den gedachten Arbeitern sieben Achtel der israelitischen Religion an, welche bekanntlich den Sonnabend als ihren Feiertag betrachtet. Wenn nun die Vorlage des Justizministers zum Gesetze erhoben würde, würden diese Leute auch den Sonntag feiern müssen, was natürlicherweise nicht ohne Einfluß auf die Konkurrenzfähigkeit der Amsterdamer Diamantindustrie bleiben würde. Die Lösung dieser Frage ist allerdings von einigem Interesse.

Kleine Mittheilungen.

Mannheim, 4. Dezember. Ein Mord und Selbstmord hat heute wieder einmal unsere Stadt in Aufregung versetzt. Ein in der Kaufmann'schen Kunstmühle beschäftigter Arbeiter, Namens Bechthold, hat seine seitherige Geliebte, Hortensia Matt, die das Verhältniß zu ihm gelöst hatte, tödtlich verwundet und sich selbst entleibt. Die Matt arbeitete als Näherin bei einer im Quadrat O 4. 23 wohnenden Frau Liebtreu, welche gegen 1 Uhr ihre Wohnung auf kurze Zeit verließ, um nach dem Bahnhof zu gehen. Um die gleiche Zeit begab sich Bechthold in die Wohnung derselben, drang unter Drohungen mit einem Rasirmesser auf seine Geliebte ein und versetzte derselben einen fürchterlichen Schnitt, vom Auge ausgehend, am Ohr herunter durch den vorderen Theil des Halses. Mit dieser entsetzlichen Verwundung sprang das Mädchen die Treppe hinunter in die im gleichen Hause befindliche Sänger'sche Wirthschaft und fiel blutüberströmt und ohnmächtig am Buffet zusammen. Inzwischen hatte sich Bechthold mit der gleichen Waffe die Schlagadern am Hals tief durchschnitten und verstarb nach wenigen Minuten. Die schwerverwundete Matt wurde nach dem allgemeinen Krankenhaus gebracht und ist trotz der sofortigen Hilfe gleichfalls verschieden.

Zürich, 5. Dezember. Ein Opfer der Maschine wurde vorgestern in Unterhittnau der 48jährige Boller, indem ihm der Arm an der Achsel weggerissen wurde, als er den Treibriemen an der Holzfraise in das Rad des Wendelbaumes leiten wollte. — In Muhen (Aargau) wurde Fabrikarbeiter Lüscher durch den Genuß von Pferdefleisch vergiftet. Derselbe kaufte sich Anfangs dieser Woche „Schwartenmagen" bei Pferdemetzger Hertler in Winterthur. Frau, Tochter, Mitarbeiter, sowie ein paar Nachbarskinder labten sich dann mit ihm an dem Fleisch. In kürzester Frist stellte sich Unwohlsein, dann Durchfall und Erbrechen bei ihnen ein. Lüscher starb Donnerstags, die Andern glaubt man retten zu können. Die Verhaftung des Metzgers wurde verfügt.

Theater.

Dienstag, den 7. Dezember.

Opernhaus. Lucia von Lammermoor.
Schauspielhaus. Die Unterschrift des Königs. Dann: Verstand und Leichtsinn.
Deutsches Theater. Der schwarze Schleier.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Vizeadmiral.
Wallner-Theater. Die Sternschnuppe.
Viktoria-Theater. Amor.
Ostend-Theater. Das neue Gebot.
Residenz-Theater. Georgette.
Zentral-Theater. Der Waldteufel.
Belleallianee-Theater. Die schöne Helena.
Walhalla-Theater. Don Cesar.
Königstädtisches Theater. Von Schrot und Korn.
Kaufmann's Varietee. Spezialitäten-Vorstellung.
Amerikan-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Stadt-Theater.

(Früher Alhambra-Theater.) Wallnertheaterstr. 15.

Der Bajazzo und seine Familie.

Schauspiel in 5 Akten von S. E.
Belphegor: Herr Tragau.
Madelaine: Frl. Häser.
Dirigent: Herr Kapellmeister Theodor Franke.
Vor der Vorstellung:
Großes Concert,
ausgeführt von der Hauskapelle unter Leitung des Kapellmeisters Hrn. Theodor Franke.
Anfang des Concerts:
Wochentags 7 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Anfang der Vorstellung:
Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 7½ Uhr.
Das Theater ist mit elektrischer Beleuchtung versehen.

Eden-Theater.

(Früher Louisenst. Theater.) Dresdenerstr. 72/73.
Zum ersten Male in Berlin:
Antillen-Neger-Karawane.
Anthropologische Sehenswürdigkeit. (14 Personen.)
Brothers Forest, Musikal-Clowns.
Nelson und Maythorn, Excentric-Clowns.
Mr. Pizarras, Kraftproduktionen an den ind. Ringen.
Mr. Sonnetty mit seinen dressirten Tauben, Katzen, Ratten 2c.
Riegels Balletgesellschaft, 12 Damen, 2 Herren.
Paula u. Ludwig Cellarius. Eugen Zocher.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Passage 1 Tr. 9 M. — 10 A.
Kaiser-Panorama.
Reise am schönen Rhein.
Wanderung d. d. Riesengebirge.
Hertha-Reise. — Carolinen-Inseln.
Weihnachts-Ausstellung. Das Leben Jesu.
Eine Reise 20 Pfennig. Kinder nur 10 Pf.

Tischler Herberge u. Verkehrslokal sowie Zentral-Arbeitsnachweis des Fachvereins der Tischler O. Blumenstraße 56. Die Arbeits-Vermittelung geschieht unentgeltlich. Adressenausgabe an Wochentagen von 8½ bis 9½ Uhr Abends. Sonntags von 9—11 Uhr Vormittags. [724

Oranienstrasse 159 vis-à-vis d. Luckauerstraße. Das **Herrengarderobe-Magazin** von **Siegfried Simon** Oranienstrasse 159 vis-à-vis d. Luckauerstraße.
Gegründet 1870. Gegründet 1870.
empfiehlt zur
Herbst- und Winter-Saison
sein reichhaltiges Lager von
Anzügen, Paletots, Schlafröcken etc.
in den neuesten Stoffen und Façons zu soliden Preisen.
Bestellungen nach Maaß werden prompt ausgeführt.
Zweites Geschäft: Oranienstr. 207, Ecke Skalitzerstr.

Skalitzerstraße 137. **Albert Schwarzer,** vis-à-vis der Admiralstraße.
Papier-Handlung, Contobücher- und Couvert-Fabrik.
Empfehle mein großes Lager in Photographie-Albums, Cigarren- und Brieftaschen, Portemonnaies, Musik- und Schreibmappen, Visitentaschen, Poesie-, Briefmarken- und Oblaten-Albums.
Ball- und Gesellschafts-Fächer,
Necessaires und Pompadours in Plüsch und Leder, Schreibzeuge, **Kalender,** Kochbücher, Briefsteller, Gesangbücher, Reisekarten, Coursbücher und Stadtpläne,
Bilderbücher und Jugendschriften,
Schulmappen, sowie sämmtliche Schulartikel, Reißzeuge, Artikel für Maler, Zeichner und Architekten, optische Waaren, als: Operngläser, Brillen und Pincenez, in allen Nummern vorräthig, von 50 Pf. an, Lupen und Lesegläser, Thermometer, Barometer und Fernröhre von 50 Pf. bis 10 M.
Damentaschen in Leder, Plüsch und Stoff.
Großes Lager in Bijouteriewaaren, als: Herren- und Damen-Uhrketten, Broche, Ohrringe, Armbänder, Colliers, Siegel- und Verlobungsringe. Geschnitzte Holzgalanteriewaaren, Garderoben- und Handtuchhalter, Zeitungsmappen, Bürstenkasten, Bilderrahmen in großer Auswahl. **Tuschkasten,** Schach-, Lotto-, Domino- und Damenbrettspiele u. s. w.
Gratulationskarten, neueste Muster, größte Auswahl.
Violine-, Guitarre- und Zither-Seiten. ff. Briefpapier mit Monogrammen und anderen Verzierungen vorräthig. Lager von Pappen und Packpapier in Rollen und Bogen. Anfertigung sämmtlicher Drucksachen für den kaufmännischen und gewerblichen Verkehr. [1224

Die Uhren-Fabrik von
C. Jägermann Nachf., Berlin W., Friedrichstr. 70, Ecke Taubenstr.,
offerirt ihre **anerkannt besten Fabrikate mit 3 jähriger Garantie** zu folgenden Preisen:

Nickel-Herren-Remontoir-Uhren.
14 Tage gehend 15 Mark, mit Schlagwerk 20 Mark.
Marke Diogène, bestes Fabr. Rmk. 12
Silb. Cylinder-Remt.-Uhr m. Goldr. „ 20
do. prima, Marke Diogène . . „ 23
Silb. Anker-Rmnt.-Uhren, 15 Steine „ 28
do. prima, Marke Billodes . . „ 35
14kar. gold. Hr.-Ank.-Rem., 15 Steine „ 50-85
do. „ „ do. m. Schutzdeckel 75-300
Silberne Damen-Remontoir, 2 silb. Kapf., 10 Steine . . . . . „ 24
14kar. gld. Dam.-Rmt.-Uhr., 10 Steine „ 30
do. do. fein gravirt . . „ 36
do. do. mit Schutzdeckel 50-150

Federzug-Regulator in geschn. Geh., prima Werk, 14 Tage gehend, Rmk. 10
do. mit Schlagwerk . . . . . „ 15
do. in Nußb. polirt. Geh., 14 Tage gehend, ca. 1 m lang . Rmk. 15-25
do. mit Schlagwerk . . . „ 20-30
Gew.-Regulat., 8 Tage geh., 1½ m lang, in Nußb. polirt. Geh. Rmk. 24-25
do. mit Schlagwerk . . . „ 34-60
do. in stilger. Nußb. matt u. pol. Geh., zu modern. Einricht. pass. Rmk 50
do. mit bestem Schlagwerk . . „ 60
Renaissance Holzstanduhren in Nußb. u. Eichen mit Cuivre Rmk. 50-150
14 Tage gehend 20 Mark, mit Schlagwerk 25 Mark.

Die Firma kauft und verkauft nur gegen baar.
Versandt nach außerhalb gegen Nachnahme. Umtausch gestattet.
Illustrirter Preiskourant gratis und franko. [963

Billigste Bezugsquelle für Gold- u. Silberwaaren.
Zu Fabrikpreisen empfehle: **Ringe, Kreuze, Medaillons, Ohrringe, Brosches, Armbänder, Colliers, Herren-** und **Damenketten, Chemisett-** und **Manschettenknöpfe. Similischmuck, Granat-, Korallen-** und **Silberschmuck. Trauringe** in Dukatengold, auch in 14 karat. Golde und in Silber vergoldet stets vorräthig. Werkstatt für neue Arbeiten und für Reparaturen, Gravirungen, Vergoldungen, Versilberungen 2c. Einkauf von Juwelen, Gold und Silber, Medaillen und Münzen. Reelle Bedienung und feste Preise. [885
A. Oertel, Linden-Straße 109.

Wir offeriren [1005
Morgenröcke
aus Lama in sehr hübschen dunklen Farben, glatt, gestreift u. karirt, **Taille** und **Aermel warm mit Flanell gefüttert,** mit Sammet garnirt 11,50 M., desgleichen mit Pliffs 13,50 M.

Morgenröcke
aus kräftigem, **rein** wollenem Lama, glatt, gestreift und karirt, **Taille** und **Aermel** mit **Flanell** warm **gefüttert,** hübsch mit echtem Sammet garnirt, ohne Pliffs 15 M., mit Pliffs 18—20 M.
Elegante türkische Morgenröcke,
Taille u. Aermel mit Flanell **gefüttert** 25 M., **durchweg** m. Flanell **gefüttert** 30—35 M.
Sielmann & Rosenberg,
Berlin SW., Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Soeben ist erschienen:
Der Neue Welt-Kalender für 1887.
Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: **Reichshaushalts-Etat des Deutschen Reichs. — Zerbrochene Ketten.** Erzählung von Rob. Schweichel. — **Bäuerige Frauen und Haarmenschen. — Ein Proletarierkind.** Erzählung v. E. Langer. — **Der Kampf zwischen Feuer u. Wasser in der Welt.** Von P. Osw. Köhler. — **Wie man eine Million verdient. — Fliegende Blätter** (humoristisch).
Als Gratis-Beilagen:
1. Lucia. 3. Mutterglück.
2. Blanche. 4. Die beiden Alten.
Ein Wandkalender.
Preis 50 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition dies. Blattes Zimmerstraße 44. **Wiederverkäufern Rabatt.**

Bildhauer verlangt **J. Rose,** Gitschinerstraße 38 II bei Suffmann. [1231

Vergolder auf Silber verlangt **Schmidt,** Reichenbergerstraße 114. [1232

Für Klavierarbeiter
befindet sich der unentgeltliche **Arbeitsnachweis** zu jeder Tageszeit bei **Stramm,** Skalitzerstr. 18.

Verantwortlich für den politischen Theil und Soziales **Max Schippel,** für Vereine und Versammlungen **F. Tutzauer,** für den übrigen Theil der Zeitung **R. Cronheim,** sämmtlich in Berlin.
Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 286. Dienstag, den 7. Dezember 1886. 3. Jahrg.

Die Ersatzwahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreise

ist wider Erwarten bereits mit dem ersten Anlauf entschieden und zwar zu Gunsten des Deutsch-Freisinnigen Klotz. Wenn man bedenkt, welche Schwierigkeiten der Arbeiterpartei in ihrer Agitation bereitet worden sind, weil ihr die Flugblätter konfiszirt wurden, weil sie nur eine Versammlung, zur Ernennung ihres Kandidaten, abhalten konnte, so wird man die von ihr erzielten Erfolge noch immer über Erwarten günstig nennen müssen. Während die Stimmen aller anderen Parteien gegen die Wahl vom 28. Oktober 1884 zurückgegangen sind — die der Freisinnigen von 8,428 auf 7209, die der Konservativen von 6754 auf 4783 — sind die sozialdemokratischen Stimmen auf nahezu das Doppelte angewachsen! Mögen die Gegner reden, was sie wollen, das ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg, und wenn die sozialistische Stimmenzahl weiter in gleichem Maße wächst, so wird die Arbeiterpartei sehr bald auch im ersten Kreise eine ähnliche Stellung einnehmen, wie in den anderen Berliner Bezirken. Ein wahrhaft jämmerliches Fiasko haben die Nationalliberalen erlitten: ihr Kandidat erhielt im Ganzen 486 Stimmen. Hoffentlich verzichten sie nunmehr auf Berliner Kandidaturen!

Das Gesammtresultat der gestrigen Wahl war folgendes:

Klotz (deutschfreis.) . .	7209	Stimmen
Gerold (kons.) . . .	4783	„
Christensen (Sozialist)	1454	„
Marggraf (natliber.) .	486	„
Zersplittert und ungiltig	68	„

Gewählt ist sonach der Kandidat der deutschfreisinnigen Partei, Landgerichtsrath Klotz.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 6. Dezember, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths v. Boetticher, Jacobi, Bronsart v. Schellendorff, v. Haenisch.

Eingegangen ist die Uebersicht der vom Bundesrath gefaßten Entschließungen auf Beschlüsse des Reichstages aus der 2. und 3. Session dieser (der 6.) Legislaturperiode.

Zunächst steht der Gesetzentwurf, betreffend den **Servistarif und die Klasseneintheilung der Orte** zur ersten Berathung, durch welche nicht der Tarif, sondern nur die Eintheilung geändert werden soll. Die neue Eintheilung soll mit dem 1. April 1887 in Kraft treten und von diesem Jahre ab, ebenso wie der Tarif von 10 zu 10, statt wie bisher von 15 zu 15 Jahren revidirt werden. Für das Etatsjahr 1887—88 ergiebt sich daraus ein Mehrbedarf von 943 852 M., davon 275 904 M. für die Post- und Telegraphen-, 30 792 M. für die Reichs-Justiz-, der Rest für die verschiedenen Militärverwaltungen. Der Klasse A. werden neu zugetheilt Breslau, Köln und Leipzig, der Klasse I. u. A. München (früher II.) Münster, Bromberg, Thorn; dagegen aus Klasse III. in die IV. versetzt u. A. Wehlau und Meppen.

Abg. **Sattler** (nat.-lib.) beantragt, die Vorlage an die Budgetkommission zu überweisen, in welcher sie sich bereits in der vorigen Session befand, aber wegen Schlusses des Reichstages nicht erledigt werden konnte.

Abg. **Tröndlin** (nat.-lib.): Die Budgetkommission der verflossenen Session hatte davon Abstand genommen, die Städte Leipzig, Köln und Breslau in die Serviskasse A zu versetzen, weil dies für andere Städte eine bedeutende Mehrbelastung zur Folge haben würde. Es handelt sich hier aber nicht um eine Frage der Billigkeit, sondern der Gerechtigkeit. Mit welchen Gefühlen muß ein Beamter in diesen Städten sehen, daß seine Bezüge geringer sind, als die der Beamten anderer Städte, z. B. Dresdens, in denen das Leben billiger ist. Und es handelt sich nicht blos um höhere, sondern auch um niedere Beamte. Möge die Kommission für die berechtigten Wünsche dieser Städte Wohlwollen beweisen.

Abg. **Baumbach** (dtsch.-freis.): Sparen wir doch die Berathung der Details für die Kommission auf. Leider ist die Vorlage unverändert ohne Rücksicht auf die Berathungen und Beschlüsse unserer früheren Kommission eingebracht, die freilich für die Regierungen nicht bindend sind, aber einige Berücksichtigung doch wohl verdient hätten, z. B. der Hinweis darauf, daß die Vorlage die Volkszählung von 1885 noch nicht berücksichtigt hatte. In der Zwischenzeit konnte man doch diesen Mangel ergänzen. Die Arbeit der Kommission ist völlig vergeblich geworden. Die Versetzung Leipzigs in eine höhere Klasse würde allerdings Konsequenzen nach sich ziehen, welche die Kommission nicht glaubte verantworten zu können. Trotzdem ist es ja richtig, daß Leipzig mit anderen Städten, namentlich mit Dresden verglichen, in eine höhere Klasse gehören würde. Der Fehler liegt darin, daß man die Hauptstädte der Mittelstaaten aus einer gewissen Kourtoisie von vornherein in die Klasse A hinübernahm. In Augsburg und Nürnberg ist das Leben theurer als in München. Wenn man sich überhaupt auf Konsequenzen einlassen wollte, so würde eine immer die andere nach sich ziehen und wir hätten eine Schraube ohne Ende. Man soll nur dann neue Erhöhungen eintreten lassen, wenn die Nothwendigkeit unbedingt nachgewiesen ist. Wenn wir in der Kommission das Prinzip der Sparsamkeit voll und ganz zur Anwendung bringen, so dürfen wir hoffen, dafür auch die Zustimmung des Plenums zu finden.

Staatssekretär **v. Boetticher**: Ich möchte nicht den Vorwurf auf dem Bundesrath sitzen lassen, als ob er die Vorlage in dieser Session einfach von neuem hätte abdrucken lassen und nicht in wiederholte und sorfältige Prüfung derselben eingetreten wäre. Die ganze Vorlage ist im Bundesrath wiederum eingehend geprüft worden, und zwar im Plenum auf Grund einer Ausschußberathung. Er ist aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß inzwischen keine Aenderung der Verhältnisse eingetreten ist, welche eine andere Lozirung der Städte nothwendig machte. Die Arbeit der vorjährigen Budgetkommission ist auch keine vergebliche gewesen; ihre Prüfung im vorigen Jahre wird, wenn sie anders eine sachliche gewesen ist, ja auch in der gegenwärtigen Kommission leicht zur Geltung zu bringen sein und in einer kürzeren Berathung vielleicht zu demselben Ergebniß führen. Was insbesondere die Veränderungen anlangt, welche etwa auf Grund der Ergebnisse der letzten Volkszählung vorzunehmen gewesen wären, so sind die Grundsätze, nach denen die Lozirung erfolgt, keineswegs in dem Sinne bindend, daß eine Stadt, die eine bestimmte Anzahl Einwohner hat, nothwendig in eine bestimmte Servisklasse lozirt werden muß. Die Einwohnerzahl ist nicht allein maßgebend, sonst hätten wir bei der Lozirung ja nur ein kalkulatorisches Exempel vorzunehmen. Die Hauptsache sind die Theuerungsverhältnisse, die Preise der nothwendigen Lebensmittel. Und da kann es vorkommen und kommt es vor, daß Orte, die auf Grund ihrer Einwohnerzahl einer höheren Klasse zugehören würden, einer niederen Klasse zugezählt werden und umgekehrt. Die Volkszählung von 1885 konnte also nicht absolut bestimmend sein. Man hat das Ergebniß derselben im Bundesrath gleichfalls geprüft und ist trotzdem zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Lozirung der vorjährigen Vorlage die richtige ist. Aus diesen Gründen mußte der Bundesrath die alte Vorlage wieder einbringen. Was die Versetzung Leipzigs anbetrifft, so ist die Kommission der Ort, derartige Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Jeder hat ja sein Lieblingskind und wird sich dafür interessiren, daß es möglichst wohl gebettet ist. Im Allgemeinen ist es mein Wunsch wie der des Bundesraths, daß Leipzig in die Klasse A gesetzt werden möge.

Abg. **Windthorst** erklärt sich mit der kommissarischen Berathung einverstanden, die auch vom Hause beschlossen wird.

Der Gesetzentwurf, **betreffend die Kontrole des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr** 1886—87 wird in erster und zweiter Lesung ohne Debatte unverändert angenommen und **die Denkschrift über die Ausführung der seit** 1875 **erlassenen Anleihegesetze** durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Hierauf beginnt die zweite, die **Spezialberathung des Reichshaushaltsetats** für 1887/88.

Ohne Debatte wird der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei erledigt. Beim Etat des **Reichsamtes des Innern** (Titel 1, Staatssekretär des Innern) verlangt das Wort

Abg. **Lingens** (Zentrum): Der uns vorgelegte Generalbericht der Fabrikinspektoren zeichnet sich durch Knappheit aus, aber manches Interessante berührt er garnicht; so die Zahl der besuchten Betriebsstätten innerhalb der Bezirke, und vor Allem die Frage der Sonntagsruhe und Sonntagsfeier. Dies kann kein Zufall sein, sondern muß auf einer höheren Anordnung beruhen. Dann vermisse ich die individuellen Aeußerungen der Fabrikinspektoren, welche oft ungemein werthvoll sind. Umarbeitungen der ursprünglichen Berichte nach der Schablone können uns nicht genügen. Bei dieser Lektüre wird uns wieder recht klar, wie viel noch zum Schutze der Arbeiter gesetzlich zu thun ist. In der Oberpfalz bleiben die Schleifer und Polirer von Spiegelglas von 4 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends ununterbrochen bei der Arbeit. Nur Sonntags kommen sie zu einem richtigen Schlaf. Da wird jedes Familienleben unmöglich, ein unerträglicher Zustand! Die sittlichen Gefahren der Mädchen- und Frauenarbeit werden in dem Bericht aus dem Düsseldorfer Bezirk grell beleuchtet. Die gesetzlich verbotene Nachtarbeit der Arbeiterinnen wird durch die sogenannten Ueberstunden umgangen. Der schamlosen Ausnutzung der Arbeitskraft muß die Gesetzgebung energisch entgegentreten und ich freue mich, daß der Abg. Lieber wiederum Anträge zum Schutz der Arbeiter eingebracht hat. Von guter Wirkung würden regelmäßige Konferenzen der Fabrikinspektoren hier in Berlin sein, um ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete auszutauschen und praktische Vorschläge zu machen. Der Bericht der Fabrikinspektoren der Schweiz, der ebenso wie der österreichische den unsrigen weit übertrifft, enthält eine sehr beherzigenswerthe Mittheilung über den Werth gemeinsamen Arbeitens der Inspektoren. In Folge des Rückganges der früher blühenden Plattstichstickerei herrschte unter den Arbeitern in dieser Branche große Aufregung. Um nun der drohenden Gefahr zu begegnen, haben die Arbeitgeber in St. Gallen einen Verein gebildet und auf Anregung des Fabrikinspektors die Arbeit und den Arbeitslohn in einer die Arbeiter zufriedenstellenden Weise geregelt. Dieses Beispiel verdient Beachtung und Nachahmung.

Staatssekretär **v. Boetticher**: Ich gebe zu, daß der Generalbericht der Fabrikinspektoren nicht über jeden Zweifel erhaben ist und nicht allen Wünschen entspricht. Wir haben ihn aber gerade herausgegeben mit Rücksicht auf die Verhandlungen der früheren Jahre. Man setzte an der bisherigen Form der Mittheilung der Berichte aus, daß sie ein weitschweifiges, zu vollständiges, unübersichtliches Material biete, welches das Studium in speziellen Fragen außerordentlich erschwere. Ich habe im vorigen Jahre namentlich auch gegenüber der Exemplifikation auf den Bericht des österreichischen Generalgewerbeinspektors mich zu dem Versuch bereit erklärt, aus den einzelnen Berichten einen Generalbericht fertigen zu lassen und dadurch die Uebersicht zu erleichtern, gleichzeitig aber auch die Berichte im Original oder in Abschrift an den Reichstag gelangen zu lassen, damit die Kontrole des Generalberichts und zugleich ein eingehendes Studium einzelner Fragen möglich sei. Nun weiß ich sehr wohl, daß damit nicht allen Wünschen genügt ist, und ich bin sehr gern bereit, wieder zu dem früheren Verfahren zurückzukehren, und die Originalberichte vertheilen zu lassen, wenn der Reichstag ein Votum nach dieser Richtung abgiebt. Die Wünsche einzelner Mitglieder in Bezug auf die Zweckmäßigkeit des Abdrucks der Originalberichte können sehr verschieden sein. Vielleicht genügt gerade der Generalbericht Vielen wegen seiner Handlichkeit und Kürze (sehr richtig!) Deshalb müßte ich mich bei einer Aenderung auf ein Votum des Reichstages stützen können. Der Vorredner hat in dem Bericht eine Angabe über die Zahl der besuchten Betriebsstätten innerhalb der einzelnen Fabrik-Inspektionsbezirke vermißt. Diese Lücke mag als Mangel empfunden werden, erklärt sich aber dadurch, daß sich in den Originalberichten auch nicht die Zahl der Besuche überall vorfindet, und daß die Dampfkesselrevisionen in dem einen Bericht der Zahl der Besuche zugerechnet werden, in dem anderen nicht. Wenn aber der Vorredner in dem Generalbericht Notizen über den Umfang der Sonntagsarbeit in den Fabriken vermißt, so hat er übersehen, daß wir immer noch mit der Bearbeitung der großen Enquete über die Sonntagsarbeit beschäftigt sind. Wenn er sich nur noch einige Monate gedulden will, so wird dem Reichstage das reichhaltige Material über den Stand der Frage im Lande zugehen, welches ein Urtheil gestatten wird, ob und was in dieser Beziehung im Wege der Gesetzgebung etwa vorzunehmen sein möchte. Daß die individuellen Aeußerungen der einzelnen Fabrikinspektoren in dem Generalbericht nicht ausreichend zur Geltung kommen, ist allerdings ein Uebelstand, der sich kaum wird vermeiden lassen, es sei denn, daß wir zu dem früheren Verfahren zurückkehren. Man hat den Verdacht ausgesprochen, als ob man bei der Zusammenstellung nicht objektiv, und wenn nicht nach einer bestimmten Tendenz, so doch nach einer bestimmten Richtung hin vorgegangen sei. Ich kann versichern, daß der Verfasser den strengsten Auftrag gehabt hat, sich gewissenhaft an die Sache zu halten, d. h. nur das aufzunehmen, was sich aus den einzelnen Berichten ergiebt. Ich möchte auch glauben, daß die individuelle Aeußerung weniger Werth hat als eine objektiv gehaltene sachliche Zusammenfassung dessen, was die Berichte enthalten. In Bezug auf wirksamere Vorschriften zum Schutze der Arbeiter setzt der Bundesrath seine Bemühungen fort. Es sind im letzten Jahre wieder Schutzvorschriften erlassen worden. Auf die Regelung der Arbeitszeit, die Sonntagsarbeit u. s. w. gehe ich besser bei der Besprechung der gewerblichen Anträge und der erwähnten Enquete ein. Der Vorschlag, Konferenzen der Fabrikinspektoren zum Zweck eines gegenseitigen Meinungsaustausches zu berufen, ist mir sehr sympathisch, aber ich glaube, wir werden schwerlich ohne eine Aenderung der Gesetzgebung diese Maßregel ins Auge fassen können. Die Fabrikinspektoren sind Landesbeamte, und deshalb muß die Reichsverwaltung in dieser Beziehung mit einiger Vorsicht vorgehen. Ich bin z. B. nicht sicher, ob nicht ein großer Theil der Fraktionsgenossen des Herrn Lingens es bedenklich finden würde, wenn nun von Reichswegen die Landesbeamten von Bayern, Württemberg hierher zitirt würden. Aber ich lasse die Frage offen. Wir werden nicht nachlassen, soweit es im Interesse der einheitlichen Ausübung der Reichsgesetzgebung erforderlich ist, mit Instruktionen vorzugehen und die einzelnen Bundesregierungen auf diejenigen Punkte aufmerksam zu machen, deren Erörterung und Ergründung durch die Fabrikinspektoren erforderlich ist. Wir werden namentlich auch alle die Wünsche, die im Laufe einer Reichstagssession als erörternswerth bezeichnet werden für die folgenden Jahre, den Regierungen als solche hinstellen, auf die wir in den Berichten der Fabrikinspektoren besonderen Werth gelegt zu sehen wünschen. Damit werden die Klagen des Vorredners von Jahr zu Jahr geringer werden.

Abg. **Baumbach** (deutschfr.): Auch ich halte diese neue Form der Zusammenstellung der Berichte der Fabrikinspektoren für keine besonders vortheilhafte. Ein solcher Generalbericht entspricht durchaus nicht denjenigen Erwartungen, welche ich hegte. Der österreichische Generalbericht, ausgezeichnet durch außerordentliche Klarheit und Uebersichtlichkeit, faßt die leitenden Gesichtspunkte zusammen und bringt die Haupterscheinungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes zum Ausdruck. Der Zentralgewerbeinspektor ist dazu im Stande, weil er das ganze Jahr hindurch mitten in den Dingen steht, während der Verfasser unseres Generalberichts am Schluß des Jahres die verschiedenen Berichte zusammennimmt und mit Papierscheere und Kleister den Generalbericht zusammenstellt. Wir sollten eine Zentralstelle für die Fabrikinspektoren schaffen, wenn auch nur in der Weise, daß bei dem Reichsamt des Innern eine solche Zentralisation stattfindet. Konferenzen oder Kongresse von Fabrikinspektoren könnten ebenfalls von Nutzen sein. Manche Berichte würden dann allerdings an Originalität einbüßen. So ist der Fabrikinspektor des kleinsten deutschen Bundesstaats zu einem sehr originellen Vorschlag gekommen. Er beschäftigt sich in seinem Bericht eingehend mit der Frage, ob es nicht möglich sei, die Frauen und Mädchen besser für den häuslichen Beruf und für die Ehe vorzubereiten und kommt zu dem Schluß, daß die Arbeiterinnen bei ihrer Verheirathung nachweisen müßten, daß sie zwei Jahre im Dienst gestanden oder sich bei einer anderen Gelegenheit für ihren Beruf als Hausfrau tüchtig vorbereitet haben (Heiterkeit). Das ist ein Stück von dem Befähigungsnachweis, womit Herr Ackermann die Handwerker beglücken will. Was nun den Generalbericht selbst betrifft, so bin ich weit entfernt, den Vorwurf zu erheben, daß er irgendwie tendenziös gefärbt sei. Aber die Mitarbeiter des Reichsamts des Innern sind doch auch Menschen und der Herr Staatssekretär ist doch auch ein Mensch (Heiterkeit) und zudem noch ein begeisterter Verehrer der Wirthschaftspolitik des Herrn Reichskanzlers, und seine Mitarbeiter vertreten denselben Standpunkt. Es liegt doch sehr nahe, daß man sich bei Ausarbeitung eines solchen Berichts durch seine allgemeine wirthschaftliche Anschauungsweise einigermaßen leiten läßt. Der Chemnitzer Bericht sagt: von einem flotten Geschäftsgang der Textilindustrie für das ganze Jahr ist nicht zu sprechen, erst am Schluß des Jahres wurde das Geschäft lebhafter, wenn auch nicht lohnend. Im Generalbericht heißt es: Der Geschäftsgang war zwar nicht flott, wurde jedoch am Schluß lebhafter. Diese Darstellungsweise weicht von der ersteren doch etwas ab. An einer anderen Stelle werden die Zölle in Verbindung gebracht mit der Errichtung zweier neuer Fabriken in der Pfalz. Der Generalbericht hat viele Lücken, aber auch vieles Ueberflüssige. So steht z. B. im Anhang die Ansprache eines Fabrikinspektors an die Arbeiter einer Fabrik, worin er sie vor dem Genuß von Schnaps warnt und ihnen den Genuß von Kaffee, Bier und Apfelwein empfiehlt (Heiterkeit). Schließlich noch eine Frage: wie steht es mit der Resolution, die wir im vorigen Jahre nahezu einstimmig faßten, und welche auf eine Vermehrung der Fabrikinspektoren und Verkleinerung der Fabrikinspektionsbezirke hinzielte? Ich höre zu meinem Bedauern, daß der Bundesrath nicht auf diese Resolution eingehen will. Ich glaube, wir müssen in diesem Jahre auf diese Resolution zurückkommen. Was wir besonders beklagen, ist, daß unsere Fabrikinspektoren nicht dieselbe Vertrauensstellung zu den Fabrikanten und Arbeitern genießen, welche die österreichischen besitzen, die denn auch auf die dortigen Arbeitsverhältnisse auf das Wohlthätigste eingewirkt haben. Unsere Bezirke sind viel zu groß, als daß die Inspektoren sich mit den einzelnen Arbeiterkreisen befreunden und nähere Fühlung mit denselben nehmen könnten. Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat ein Herr, der Vielen von uns persönlich befreundet ist, Freiherr v. Kübeck, die österreichischen Gewerbeinspektoren als einen Lichtpunkt in der ganzen österreichischen Gewerbegesetzgebung bezeichnet und sich ausdrücklich gegen Zwangsinnungen und den Befähigungsnachweis erklärt. Es wäre sehr zu wünschen, daß auch bei uns das Fabrikinspektorat sich so entwickelte und die büreaukratische Stellung des Fabrikinspektors eine Vertrauensstellung werden möchte. (Beifall links.)

Staatssekretär **v. Boetticher**: Der Herr Vorredner hat sich dahin ausgesprochen, daß der Chef des Reichsamts des Innern ein begeisterter Anhänger der Wirthschaftspolitik des Herrn Reichskanzlers sei, natürlich auch die Beamten des Reichsamts in dieselbe Kerbe schlagen. Dagegen will ich bemerken, daß der Verfasser des Berichts gar kein Beamter ist und bestimmte Weisung erhalten hat, nur sachlich objektiv seine Zusammenstellungen zu machen. Wenn nun doch einige Stellen über Handels- und Gewerbepolitik Urtheile enthalten, so erklärt sich dies daraus, daß diese Urtheile auch in den Einzelberichten enthalten waren, aus denen der Generalbericht zusammengestellt ist. Im Uebrigen bin ich der Meinung, daß es dem sachlichen Interesse gar nicht entspräche, wenn solche Urtheile in die Berichte aufgenommen werden. (Sehr richtig! links.) Ich werde dafür sorgen, daß in Zukunft die Fabrikinspektoren lediglich über Thatsachen berichten. (Sehr gut! links.) Was nun die Resolution auf Vermehrung der Fabrikinspektoren anlangt, so wünscht der Herr Vorredner das Schicksal dieser Resolution zu erfahren. Ich weiß nicht, ob die Mittheilungen

über die Beschlüsse des Bundesrath auf die Resolutionen des Reichstags eingegangen sind. (Zuruf links: gestern!) Der Beschluß des Bundesraths lautet dahin, daß der Resolution keine Folge zu geben sei. (Zuruf links: Warum?) Das ist sehr klar! Die Fabrikinspektoren sind Landesbeamte; macht sich daher das Bedürfniß einer Vermehrung dieser Beamten geltend, so ist die Befriedigung desselben Sache der Einzel-Landtage. (Sehr richtig!) Das Reich kann nach der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung nichts dafür thun. (Beifall rechts.)

Abg. **Heine** (Sozialist): Der Generalbericht ist durchaus einseitig abgefaßt; er enthält schönfärberische Redensarten in Bezug auf die Mißstände in den Fabriken und andererseits Fußtritte für die deutschen Arbeiter; er ist eine Streitschrift wider die Sozialdemokratie, welche natürlich an Allem schuld ist. Die wohlwollenden Anträge des Zentrums werden in diesem Bericht auf's Grausamste verhorresziirt; weder der schweizerische noch der österreichische, geschweige denn der englische Bericht enthält so viel Hetzmaterial gegen die Sozialdemokraten. Ich protestire im Namen des deutschen Arbeiterstandes gegen die Fußtritte, die er in diesem Bericht erhält, und Namens meiner Partei gegen die Beleidigungen, die gegen die Sozialdemokratie und besonders gegen ihre Führer ausgestoßen sind. Der Bericht konstatirt mit Recht eine Verbesserung der Lage der Fabrikanten, die Lage der Arbeiter ist aber eine tief betrübende. Das einzige Gute in dem Bericht ist, daß er konstatirt, daß „sie sich noch nicht gegen früher verschlechtert" habe. Die Zahl der Fabriken, in welchen Kinder von 12 bis 14 Jahren beschäftigt werden, hat zugenommen; eine große Anzahl von Meistern nimmt mehr Lehrlinge an, als sie ausbilden können. Was sagen nun die Fabrikinspektoren dazu? Daß eine Verbesserung eintreten müsse? Keineswegs, sie zucken einfach die Achseln und sagen, es sind zwar Mißstände vorhanden, aber das lasse sich einmal nicht ändern. Das Schlimmste ist, daß es anscheinend mit den bestehenden, ohnehin nicht ausreichenden Vorschriften zum Schutz der Frauen und Kinder in den Fabriken nicht einmal genau genommen wird. Redner geht in seinen weiteren Darlegungen auf die Einzelheiten des Berichts ausführlich ein, wobei er namentlich fast alles aus dem Plauen'schen Bezirke Beigebrachte zitirt, und kommt zu dem Schlusse: die Fabrikinspektoren haben nachgerade das Vertrauen der Arbeiter verloren; es herrscht bei ihnen die Meinung, daß die Inspektoren nur zur Unterdrückung des Arbeiterstandes vorhanden und ein dienstwilliges Werkzeug der herrschenden Klassen sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Kalle** (nat.-lib.): Ich bedauere, daß der Bundesrath sich gegenüber dem vorjährigen Beschlusse des Reichstags auf Vermehrung der Fabrikinspektoren ablehnend verhalten hat. Der Hinweis darauf, daß die Fabrikinspektoren Beamte der Einzelstaaten seien, auf deren Ernennung die Reichsregierung keinen Einfluß habe, trifft nicht zu, da der Reichskanzler in der betreffenden Resolution nur ersucht wurde, bei den Einzelstaaten auf eine Vermehrung der Inspektoren hinzuwirken. Wenn der Reichskanzler der Ansicht war, daß es an sich wünschenswerth sei, die Zahl der Inspektoren in gewissen Bezirken, insbesondere Preußens, zu verwehren, so wäre es ihm bei seiner maßgebenden Stellung nicht schwer gewesen, diesen Zweck zu erreichen; er brauchte sich ja nur an den preußischen Ministerpräsidenten zu wenden. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Baumbach hat sich, um ein gewisses gleichmäßiges Verfahren der Inspektoren herbeizuführen, für periodische Konferenzen derselben ausgesprochen. Ich freue mich, daß der Herr Staatssekretär sich diesem Gedanken sachlich freundlich gegenübergestellt hat, und hoffe, daß es trotz gewisser Bedenken möglich sein wird, unserem Wunsch zu entsprechen. Das Bestreben der Berufsgenossenschaften, durch Erlaß von Vorschriften auf Verhütung und Minderung der Unfälle hinzuwirken, muß dankbar anerkannt werden; die Anfänge, die hierin gemacht sind, lassen das Beste erwarten. Die Form des Generalberichts entspricht vollkommen dem von uns gewollten Zweck der Uebersichtlichkeit, und dem, der die Verhältnisse der Arbeiter innerhalb einer gewissen Landschaft kennen lernen will, sind ja die Originalberichte gleichfalls zugänglich. Es kann den Einzelstaaten überlassen bleiben, falls es das Interesse erfordert, die Einzelberichte besonders herauszugeben; so werden die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren für das Königreich Sachsen extra veröffentlicht. Bedenklich wäre der Generalbericht nur, wenn bei der Bearbeitung der einzelnen Theile tendenziös verfahren würde. Ich habe ihn daraufhin sorgfältig geprüft, aber an keiner Stelle die bewußte Absicht, den Gegenstand irgendwie vom Parteistandpunkt zu behandeln, hervortreten gefunden. Bei dem ablehnenden Verhalten der Regierung gegenüber unseren Wünschen auf eine Verschärfung der Arbeiterschutzgesetzgebung hätte sie doch darauf hinwirken können, daß die thatsächlichen Verhältnisse der Arbeiter nicht zu düster dargestellt werden. Bei einem sorgfältigen Vergleich des Generalberichts mit den Spezialberichten habe ich aber gefunden, daß in jenem nichts Wesentliches von dem, was in diesem ausgesprochen ist, gestrichen worden ist. Aus dem Berichte geht denn auch hervor, daß eine Revision und Erweiterung der Arbeiterschutzgesetzgebung absolut nothwendig ist, und ich hoffe, daß die Regierung den Weg, den wir immer empfohlen haben, betreten wird.

Abg. **Lingens** (Zentrum) bemerkt, gerade der Umstand, daß der sächsische Bericht besonders gedruckt werde, beweise, daß der Generalbericht nicht den Ansprüchen genüge, die man an ihn zu stellen berechtigt sei. Redner bedauert, daß der Bericht die Sonntagsruhe nicht berühre, und es wäre keine Entschuldigung, wenn man sich auf die Enquete beriefe, von der er übrigens wünschen möchte, daß ihre Ergebnisse noch diesem Reichstag vorgelegt würden.

Abg. **Baumbach** (deutschfreis.): Ueber die Berufsgenossenschaften nnd ihre Wirksamkeit zu sprechen ist die Zeit noch nicht gekommen. Was sie bisher geleistet haben, hat mich noch nicht zur Bewunderung hinreißen können. Von 4 Berufsgenossenschaften im Ganzen sind bis jetzt Vorschriften zur Verhütung von Unglücksfällen erlassen worden. Daß die Fabrikinspektoren nicht Reichsbeamte sind, ist auch uns nicht entgangen. Aber dem Kaiser steht nicht blos die Verkündigung der Reichsgesetze, sondern auch die Ueberwachung ihrer Ausführung in den Einzelstaaten zu, und hier handelt es sich um eine Bestimmung der Reichsgewerbeordnung, die in den einzelnen Staaten ausgeführt wird. Der Reichskanzler könnte also die Initiative ergreifen, daß die Ausführung dieses Reichsgesetzes seitens der Einzelstaaten wirklich stattfindet. Ein Analogon! Die Reichstagswahlen beruhen auf einem Reichsgesetz, sind aber Sache der Einzelstaaten. Nun ist mir ein Fall bekannt, in welchem der Reichskanzler Veranlassung nahm, sich an eine Einzelregierung zu wenden, um diese zu ersuchen, sie möge darüber wachen, daß ihren Beamten die amtliche Beeinflussung der Reichstagswahlen untersagt werde. Die Kompetenz dazu ist auch in diesem Falle dem Reichskanzler keinen Augenblick zu bestreiten. Wir werden unser Votum in dieser Frage wiederholen und die Autorität des Reichstags in vollem Umfang aufrechterhalten.

Staatssekretär **v. Boetticher**: Das Institut der Fabrikinspektoren besteht in allen Einzelstaaten, und die Frage ist nur, ob es in ausreichendem Umfange besteht oder ob eine Ergänzung wünschenswerth und nothwendig ist. Der Reichstag ist nun der Meinung gewesen, daß eine Vermehrung nothwendig ist, und hat dies in einer Resolution dem Bundesrath mitgetheilt, der diese Frage den Einzelregierungen zugewiesen hat. Der Bundesrath hat da vollständig innerhalb seiner Kompetenz und freien Auffassung gehandelt. Der Reichskanzler befindet sich also augenblicklich in der Lage, daß er zwischen einem Beschluß des Bundesraths und einem Beschluß des Reichstags zu wählen hat. Da können Sie es doch der Reichsverwaltung nicht verargen, wenn sie die Einzelstaaten für eine weitere Vervollständigung des Inspektoreninstituts nicht in Anspruch nimmt. Es ist ja auch gar nichts verloren. In jedem einzelnen Landtage kann die Sache zur Sprache gebracht und jede einzelne Regierung um die Vermehrung des Personals angegangen werden. Sie sollten deshalb dem Reichskanzler Ihren Zorn nicht so sehr zuwenden, daß er hier die Fürsorge den Landesregierungen überläßt. Dann ist die Frage erörtert worden, ob von den Berufsgenossenschaften eine ausreichende Fürsorge auf dem Gebiete der Unfallverhütungsvorschriften zu erwarten sein dürfte oder nicht. Es ist von Ihnen in dieser Beziehung schon ein hübscher Anfang gemacht worden. Nicht blos 4, sondern schon 6 Berufsgenossenschaften haben solche Vorschriften erlassen und eine ganze Reihe anderer ist gegenwärtig damit beschäftigt. Daß nicht gleich im ersten Jahre die Berufsgenossenschaften einen großen Erfolg auf diesem Gebiete erzielen, ist leicht erklärlich. Aber der Beweis ist geliefert, daß sie auf diesem Felde wirken können, und es ist auch gar kein Zweifel, daß die Erkenntniß immer mehr zunimmt, daß es im Interesse der Berufsgenossenschaften selbst liegt, wirksam für die Unfallverhütung zu sorgen. Für das Reich ist es außerordentlich schwer, Vorschriften zu erlassen, welche für alle gleichartigen Betriebe in gleicher Weise in Wirksamkeit treten sollen. Die Verhältnisse liegen eben nicht im ganzen Reich und in allen Betrieben derselben Branche gleich, und es würde eine kolossale Verletzung der Interessen nicht blos der Unternehmer, sondern auch der Arbeiter sein, wenn man hier schablonisiren und alle Betriebe über einen Kamm scheeren wollte. Deshalb ist es vorzuziehen, daß die Berufsgenossenschaften und insbesondere auch die Sektionen nach Maßgabe der lokalen Bedürfnisse auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung vorgehen. Im Uebrigen hoffe ich, daß der Abg. Lingens nunmehr einen formellen Antrag stellen wird, wie die Berichte der Fabrikinspektoren künftig eingerichtet werden sollen; denn sonst würde ich unglücklicher Staatssekretär nach den Diskussionen, die hier gepflogen worden sind, in der That nicht wissen, wie ich es machen soll. (Heiterkeit.) Ich verzichte zwar von vornherein darauf, es allen Leuten recht zu machen, aber es wäre doch für mich von Werth, zu erfahren, ob die Meinung der Mehrzahl nach der Seite des Generalberichts oder der Einzelberichte gravitirt. Geschehen soll in dieser Beziehung, was der Reichstag wünscht; wir können das alles machen. (Heiterkeit.)

Abg. **Hartmann** (kons.) konstatirt, daß die Ablehnung der vom Reichstage in der vorigen Session gefaßten Resolution nur aus formalen Gründen erfolgt sei. Er erblicke darin die Aufforderung, nunmehr in dieser Frage in den Einzellandtagen vorzugehen. Er ersuche alle, die in denselben Einfluß besäßen, diesen dahin geltend zu machen, daß das Institut der Gewerberäthe in der Weise ausgebaut werde, wie es die Resolution des Reichstags vorgeschlagen habe. Herr Heine wolle es nicht gelten lassen, daß die Fabrikinspektoren Vertrauensmänner der Arbeiter seien. In Sachsen ist das allerdings der Fall. Ihm gegenüber habe mehr als ein Arbeiter gesagt, daß der Fabrikinspektor sein volles Vertrauen besitze. Thatsache ist, daß die Aufsichtsbezirke jetzt zu groß sind. Der Aufsichtsbeamte kann nicht überwachen, ob das, was wir an Arbeiterschutzgesetzen besitzen, auch eingeführt ist und ausgeführt wird. Die periodischen Konferenzen, welche heute verlangt sind, würden sicher an denselben formalen Bedenken scheitern, welche dem Bundesrathe eine Zustimmung zu der vom Reichstag beschlossenen Resolution unmöglich gemacht haben. In den Einzelstaaten sind derartige Konferenzen schon jetzt üblich. Aus Preußen ist davon gemeldet worden. In Sachsen finden dieselben alljährlich unter dem Vorsitz eines Ministerialbeamten statt. Auch das ist schon ein Fortschritt. Anerkennenswerth ist es, daß die Mittheilungen aus den Berichten endlich so eingerichtet sind, wie das vor einem Jahr hier gewünscht wurde. Der Generalbericht giebt wörtliche Zitate aus den Einzelberichten wieder, auf dem Bureau lagen die Einzelberichte selbst, gewaltige Stöße, die nicht jeder durchzuarbeiten wünscht. Das Haus kann nur dankbar sein für die umsichtige Weise, in welcher Alles geordnet ist. Was Anlaß zu Beschwerden gegeben, das sind die Aeußerungen der Gewerberäthe, die nicht unterdrückt werden konnten, wenn nicht das Gesammtbild gestört werden sollte. Wünschenswerth wäre es, wenn den Mittheilungen wieder eine Aufstellung über die Aufsichtsbezirke, die Namen der Aufsichtsbeamten, sowie die Größe der Bezirke beigefügt würde. Auf alle Angriffe des Abg. Heine auf die Fabrikinspektoren will Redner nicht eingehen, er will nur die gegen den Inspektor des Plauen'schen Bezirks erhobenen Beschuldigungen zurückweisen, weil ihm derselbe persönlich bekannt. Abg. Heine habe die Auslassungen desselben nur verstümmelt wiedergegeben. Der Gewerberath hat allerdings erklärt, daß er gegen die Ausbeutung der Kinder in der Hausindustrie kein gesetzliches Mittel habe. Aber weiß denn der Abg. Heine ein Rezept, wie dem abzuhelfen sei (Ruf: O ja!), nicht ein Rezept, der Gesetzgebung des zukünftigen sozialdemokratischen Staates entnommen, sondern eines, welches uns die gegenwärtige Gesetzgebung an die Hand giebt. Es wäre interessant, von Herrn Heine einen Gesetzesparagraphen zu erfahren, welcher die Ausbeutung der Kinderarbeit in der Hausindustrie unmöglich macht. Herr Heine hat auch erklärt, daß die Arbeiter zu den Fabrikinspektoren kein Vertrauen hätten. Doch nur die, welche der Fahne des Herrn Heine folgen, die sozialdemokratischen, welche zu keinem Menschen mehr Vertrauen haben.

Abg. **Kayser**: In dem Generalbericht tritt allerdings die Tendenz zu Tage. Staatssekretär v. Bötticher hat das bestritten und gesagt, daß überhaupt kein Ministerialbeamter mit der Abfassung betraut gewesen sei. Ich möchte wissen, was das für eine mystische wunderbare Person gewesen ist. Wenn ein objektiver Auszug gemacht werden sollte, so lag kein Grund vor, gerade die gehässigen Aeußerungen der Fabrikinspektoren einzugreifen, dagegen müssen wir uns wehren. Die Beamten sind nicht dazu da, gehässige Aeußerungen gegen die Sozialdemokraten fallen zu lassen, dazu werden sie nicht bezahlt. Herr Hartmann sagt, im Königreich Sachsen seien die Fabrikinspektoren Vertrauensmänner der Arbeiter. Ich muß sagen, daß ich diese Tendenz in Sachsen, wenigstens im Dresdener und Leipziger Bezirk, nicht gefunden habe. Ich weiß, daß Arbeiter dort sich scheuten, mit Beschwerden an die Inspektoren heranzutreten, weil sie Bedenken trugen, sich mit den hohen Herren, wie sie sich den Arbeitern gegenüber zu zeigen pflegten, ins Benehmen zu setzen. Der Plauen'sche Inspektor scheint allerdings Beschwerden zugänglicher zu sein. Herr Hartmann sagt, die Sozialdemokraten hätten zu nichts Vertrauen. Wenn wir nicht etwas Vertrauen zu Ihnen hätten, würden wir Ihnen dann von Jahr zu Jahr mit Anträgen zur Arbeiterschutzgesetzgebung kommen? Wir hoffen immer noch, daß Sie noch einmal zu der Ueberzeugung kommen werden, daß unsere Forderungen berechtigt sind. Der Bericht enthält auch gehässige Bemerkungen über die Wirksamkeit der Fachvereine bei Arbeitseinstellungen; aber er berichtet kein Wort davon, daß in Leipzig beispielsweise gerade die Innungen die Beendigung des Streiks verhindert haben. Derartige Bemerkungen, wie sie über die Fachvereine gefallen sind, sollte man einem Leipziger Polizeiwachtmeister überlassen. Nicht nur wir greifen übrigens den Bericht an, Angriffe gegen denselben kann Herr Hartmann auch in der Münchener „Allgemeinen Zeitung" und in den „Preußischen Jahrbüchern" lesen. Die Berichte sind ganz so abgefaßt, als ob die Fabrikinspektoren nur Beamte der Fabrikanten wären. Wir haben das Institut derselben in Anregung gebracht; wir sind in Sachsen auch für die Vermehrung der Aufsichtsbeamten eingetreten. Gerade aus diesem Grunde bekämpfen wir jede einseitige Entwickelung dieser Einrichtung. Herr Hartmann verlangt von uns ein Rezept für die Behandlung der Kinderarbeit. Nun, wenn die bestehende Gesetzgebung dazu nicht ausreicht, so verlangen wir eine andere. Sie muß ein kräftiges Rezept an die Hand geben; mit homöopathischen Mittelchen wird der Uebelstand nicht behoben. Um die Stellung der Handlungsgehilfen zu verbessern, war übrigens auch Herr Hartmann zu einer Aenderung der Gesetzgebung bereit. Wir waren mal beide in einer Versammlung, und Herr Hartmann erklärte damals, er reiche mir die Hand, er könne dem, was ich gesagt, nur beistimmen. (Abg. Hartmann: Dabei bleibe ich. Heiterkeit.) Nun so hoffe ich, daß Sie uns auch bei unseren Arbeiterschutzanträgen unterstützen werden.

Der Titel wird bewilligt; desgleichen der Rest des Kapitels.

Die übrigen Titel des Ordinariums und der Einnahmen aus Spezialetats des Reichsamts des Innern, soweit sie zur Plenarberathung stehen, werden ohne Debatte bewilligt, das Kap. 12 der Ausgaben, „Reichs-Gesundheitsamt", auf Anregung des Abg. Schrader für heute ausgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Vorlage, betr. die Errichtung eines orientalischen Seminars, Berichte der Reichsschuldenkommission, Fortsetzung der Etatsberathung; Reichsjustizamt, Reichseisenbahnamt, Rechnungshof, Allgemeiner Pensionsfonds.)

Lokales.

Zur Wahl im 1. Berliner Reichstagswahlkreise. Gestern früh um 10 Uhr wurden die 39 Wahllokale eröffnet. Man kann nicht sagen, daß sich die allgemeine Betheiligung der Wähler schon am Vormittag besonders bemerkbar gemacht hätte. Erst in der zwölften Stunde und Nachmittags wurde es lebhafter und die Wahlvorstände bekamen zu thun. Entsprechend den meistens den „mittleren" und „oberen" Klassen angehörenden Bewohnern des 1. Reichstagswahlkreises, war die Signatur des Tages keine sehr charakteristische. Die Majorität des Arbeiterstandes hat in anderen Vierteln sein Quartier aufgeschlagen; nur in gewissen Gegenden, wie an der Friedrichsgracht und Petristraße, sah man in der Mittagsstunde Arbeitertrupps den Wahllokalen zueilen. Soviel wir sahen, waren an jedem der letzteren Stimmzettelvertheiler der sozialdemokratischen Partei aufgestellt. Viele Arbeiter hatten opferfreudig für den Tag ihre Dienste zur Verfügung gestellt. Sie eilten, soweit es die Informationen gestatteten, von Haus zu Haus und holten Säumige heran. Sehr regsam waren auch die „Deutschfreisinnigen", für die ja nicht wenig auf dem Spiele stand. Fast sämmtliche Bezirksvereine hatten ihre Hauptkräfte entsandt. Der reaktionäre Bund der Konservativen, Antisemiten und Nationalliberalen legte die Hände aber auch nicht in den Schooß. So sah man die gescheitelten Häupter der Jünglingsvereinler überall auftauchen und die Häuser unsicher machen. Selbstverständlich war auch das Gros der famosen Bürgervereine und des Antisemitenbundes auf dem Plan erschienen. Herrn Gerold, dem „Stadtverordneten, Hauptmann a. D. und Hoflieferanten" (so bezeichnete ihn konsequent das Wahlkomitee der Konservativen) galt der Schweiß der Edlen. An den Eingängen sämmtlicher Wahllokale wurden bei Beginn der Wahl Plakate mit den Namen der betreffenden Kandidaten angeschlagen, sie mußten aber auf Anordnung der Polizei sofort wieder entfernt werden. Uebrigens war die Wahlbetheiligung in den einzelnen Bezirken eine sehr verschiedene. Während sie in der einen Straße eine relativ bedeutende war, ist sie in einer anderen wieder äußerst schwach gewesen, ja, es kam sogar der sonderbare Fall vor, daß in der Scharrnstraße, in welcher an zwei Stellen gewählt wurde, in dem einen Lokal die Wahl recht flott von statten ging, in dem zweiten dagegen die Staatsbürger nur vereinzelt und in großen Zwischenräumen erschienen, um ihr Wahlrecht auszuüben. In der Dorotheen-, Mittel- und Leipzigerstraße fuhren zahlreiche Equipagen, denen gelangweilt aussehende Männer entstiegen, vor die Wahllokale. Die Diener- und Beamtenschaft war auch in Menge erschienen.

Zum Schutze der Gesundheit der Kinder ist in einer Schule der Stadt Chemnitz in Sachsen eine recht vorsorgliche und anderwärts Nachahmung verdienende Einrichtung getroffen worden. Die Kinder werden dort durch die Direktion aufgefordert, sich Hausschuhe oder anderes Schuhwerk zum Wechseln mit in die Schule zu bringen. In jedem Klassenzimmer ist ein Stiefelknecht vorhanden, die nassen Stiefel werden vor Beginn des Unterrichts ausgezogen und bleiben während dessen im warmen Zimmer stehen. Bei Schluß der Schule findet das Kind das Schuhwerk warm und trocken, während des Unterrichts bleibt es in seinen Hausschuhen. Jedermann weiß, wie unbehaglich und gefährlich es sein kann, stundenlang mit nassen Füßen sitzen zu müssen; Kinder, die an kalten Füßen leiden und bei solch nassem Wetter, wie gegenwärtig, einen weiten Schulweg zu machen haben, werden durch diese umsichtige praktische Anordnung jedenfalls vor mancher Erkrankung behütet. — Es wäre gewiß wünschenswerth, auch in Berlin eine ähnliche Einrichtung einzuführen, leider aber verbietet sich dieselbe namentlich bei den ärmeren und ärmsten Volksklassen von selbst. Man soll doch einmal bei den Arbeiterfamilien nachfragen, ob die Kinder überhaupt Schuhwerk zum Wechseln haben. Es ist uns erinnerlich, daß vor einiger Zeit eine humoristisch sein sollende Entschuldigung durch die Blätter ging, wonach ein Vater das Fehlen seines Sohnes in der Schule mit den lakonischen Worten: „Wegen Stiebeln" motivirt haben sollte. In den beiden Worten liegt entschieden mehr bittere Wahrheit als Mancher sich denken mag. Das Beste wäre, wenn von der Stadt, wenigstens den Schülern und Schülerinnen der Gemeindeschulen, für die Wintermonate warme Filzschuhe, die während der Schulstunden getragen werden, gratis geliefert würden. So ungeheuer erheblich würden die Kosten kaum sein, vielleicht findet sich einer der Vertreter der Arbeiter in der Stadtvertretung bereit, diesen Vorschlag aufzunehmen. Ob sich eine Majorität dafür finden würde, ist ja mehr wie zweifelhaft, jedenfalls aber würden die Nachbewilligungen für gewisse Festivitäten bei eventueller Ablehnung in der denkbar drastischsten Weise illustrirt werden.

In diesen Tagen wird das Telephon ein Vierteljahrhundert alt. Im Dezember 1861 gab Philipp Reis im physikalischen Vereine zu Frankfurt a. M. zuerst Kunde von seiner Erfindung; dort bestand sie auch die erste öffentliche Probe. Der „Empfänger" der Vorrichtung war in dem Vortragssaale aufgestellt, der „Geber" befand sich 100 Meter davon entfernt in einem verschlossenen Hause. Es wurde zuerst in den „Geber" hineingesprochen, sodann hineingesungen, und schließlich davor auf Instrumenten gespielt. Die Darlegung wirkte mächtig auf die Hörer. Die gesprochenen Worte und der Gesang wurden deutlich übertragen, weniger aber die Instrumentalmusik. Reis' Entdeckung machte Aufsehen in den Fachkreisen. Auf der Naturforscherversammlung in Gießen im Jahre 1864 wurde Reis von den Fachgenossen reichlich Anerkennung gezollt. Professor Müller in Freiburg im Breisgau verzeichnete den Apparat alsbald in seinem weit verbreiteten „Lehrbuch der Physik". Gleichwohl gerieth die Erfindung später in Vergessenheit. Als 1877 Graham Bell sein Telephon bekannte gab, konnte er sich sogar anfangs den Erfinder des Telephons nennen. Nur allmälig und vielem Widerspruche entgegen wurden Reis' Vorrechte anerkannt. Viele Physiker und Mechaniker wollten vor Bell und vor Reis das Telephon erfunden haben; einer schon in den vierziger Jahren, als er sich mittellos in der Havanna umhertrieb. Allein Freunde von Reis (derselbe war 1874 verstorben) traten für dessen Rechte thatkräftig ein, unter ihnen zunächst Prof. Schenk in Friedrichsdorf, so daß heute Reis allgemein als der erste Erfinder des Telephons anerkannt ist. Die ersten von ihm selbst gefertigten Apparate von Blech

die er seiner Zeit in Frankfurt vorführte, wurden später von dem Staatssekretär Dr. v. Stephan erworben und sind jetzt im Reichspostmuseum aufgestellt. Reis ist nur vierzig Jahre alt geworden. Er wurde von einem Lungenleiden dahin gerafft. Seines Zeichens war er Lehrer der Naturwissenschaften; akademische Bildung hatte er nicht genossen. Der Wille seines Vormundes Reis Vater, ein Bäckermeister in Gelnhausen im Regierungsbezirke Kassel, starb als der Sohn noch nicht 10 Jahre alt war zwang Reis wider seine Neigung, mit 14 Jahren in eine Farbwaarenhandlung in Frankfurt als Lehrling einzutreten, nachdem er in dem Garnier'schen und später in dem Hasse'schen Institut zu Frankfurt a. M. in den Realien und in den Sprachen gut ausgebildet worden war. Seine freie Zeit nutzte der Lehrling damit aus, durch Privatunterricht und als Hörer der Gewerbeschule seine Kenntnisse zu erweitern. Nach Beendigung der Lehrzeit nahm er seine Studien wieder auf, in der Absicht, Lehrer zu werden. Er hörte in Frankfurt Vorlesungen über Mathematik und Physik und arbeitete im Laboratorium. 1858 wollte er, um seine Studien an einer Universität zu beendigen, nach Heidelberg gehen; allein äußere Verhältnisse und der Rath seines einstigen Lehrers, Dr. Garnier's, führten ihn dahin, eine Lehrerstelle an der Garnier'schen Lehranstalt zu Friedrichsdorf anzunehmen. In dieser verblieb er 16 Jahre lang bis zu seinem Tode (am 14. Januar 1874). Den Grundgedanken zu seinem Telephon schöpfte Reis aus Studien über den Bau und die Wirkungsweise des Gehörorganes, zu denen ihm sein Lehramt den Anlaß gab. Gleichfalls aus seiner täglichen Beschäftigung kam Bell dahin, seine Fernsprechvorrichtung aufzubauen. Er war anfänglich Lehrer an einer Taubstummenanstalt. Bell hat aus seiner Erfindung reichen Gewinn gezogen; der deutsche Erfinder aber ist arm gestorben. Die Lebensbeschreibung von Reis („Reis, der Erfinder des Telephons"), 1878 von Prof. Schenk herausgegeben, trägt auf dem Titelblatte den Vermerk: „Der Ertrag der Schrift ist für die Hinterlassenen des Erfinders bestimmt."

Nunmehr ist auch die Rettungsstation an der sehr gefährlichen Stelle bei Stecher's Loch auf der Havel bei Spandau, welche der Segelklub Tegelsee begründet hat, in's Leben getreten, nachdem der Winter seine Visitenkarte abgegeben hat. Alles ist vorbereitet, um bei eventuellen Unglücksfällen die erforderliche Hilfe zu leisten. Der Frost in der Nacht zum Sonntag war ein so starker, daß der Tegeler See sich mit einer Eisfläche fast vollständig bedeckte, ebenso ein großer Theil des Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal, durch den die ersten Kähne sich durcheisen mußten. Das große Becken vor der Plötzensee Schleuse war vollständig zugefroren. Wenn der Frost noch einige Tage anhält, dann ist die Schifffahrt für dieses Jahr geschlossen. Die große Zahl von Schiffern, welche mit Frachten nach Berlin beordert sind, machen sich bereits auf ein Ueberwintern im Spandauer Schifffahrtskanal gefaßt, wenn es nicht großen Schleppdampfern gelingen sollte, das Eis zu durchbrechen und die im gedachten Kanal liegenden Frachtkähne durchzubringen. Für unsere Eisläufer ist die Hoffnung vorhanden, daß die vielbenutzte Strecke bis Saatwinkel sowie der Tegeler See ein ganz vorzügliches Eis bieten werden, da dasselbe mit Schnee nicht vermischt ist. Der schwache Schneefall in der letzten Nacht kann der spiegelglatten Fläche des Eises nichts schaden.

Kein Cholerafall! Bezüglich der Erkrankung des Markthallenarbeiters Schmiderski hat die nunmehr beendete Untersuchung im königlichen Hygienischen Institut die Diagnose der behandelnden Aerzte in der königlichen Charitee dahin bestätigt, daß ein Cholerafall hier nicht vorliegt. Das Polizeipräsidium veröffentlicht in der „Post" folgende bezügliche Erklärung:

„Die Erkrankung des in dem Hause Petristraße Nr. 3 wohnhaften Arbeiters Schmiderski hatte der Presse Veranlassung zu der Mittheilung über das Vorkommen einer choleraverdächtigen Erkrankung in Berlin gegeben.

Zufolge der von dem Geheimen Medizinalrath Professor Dr. Koch vorgenommenen bakterioskopischen Untersuchung war Schmiderski lediglich an

Brechdurchfall

erkrankt; das Leiden ist auf erhebliche Verdauungsstörungen zurückzuführen.

Der Polizeipräsident: Frhr. v. Richthofen."

Die Explosion einer Petroleumlampe in einer Droschke zweiter Klasse verursachte am Sonnabend Abend in der Potsdamerstraße einen nicht geringen Auflauf. Der Kutscher wollte gerade in die Eichhornstraße einbiegen, als er durch einen Knall neben sich erschreckt wurde, dem kurz darauf eine hell lodernde Flamme folgte. Bevor dieselbe weiteres Unheil anrichtete, hatte der besonnene Kutscher die Laterne abgerissen und sie auf den Straßendamm geworfen, um sodann die Flamme zu ersticken.

Ein Wiedersehen. Im Herbst vorigen Jahres machte hier das Verschwinden eines schönen, jungen Mädchens, der Tochter einer im Osten Berlins wohnenden Rentiere, Aufsehen, und wie man später erfuhr, hatte dieselbe sich einem unverheiratheten Lebemanne angeschlossen, welcher das junge, unerfahrene Mädchen zu bethören und sie zur Flucht zu bewegen gewußt hatte! Nach langen Nachforschungen erfuhr die besorgte Mutter, daß ihre Tochter sich mit ihrem Verführer in der Schweiz und später in Frankreich aufhielt und daß sie, wenn sie auch bedauere, der Mutter großen Kummer bereitet zu haben, doch den Schritt nicht bereue, da sie ein glückliches und herrliches Leben führe. (!) Da sich das lebenslustige Paar stets auf Reisen befand, so hätte ein eventuelles Nachreisen der Mutter gar keinen Zweck gehabt, weil sie die Tochter beziehungsweise deren Geliebten doch nicht antreffen würde. So vergingen Monate, bis schließlich die arme Frau ganz ohne Nachricht von ihrem Kinde blieb. Vor etwa 14 Tagen erhielt die von Gram gebeugte Rentiere von einem ihrer Bekannten die Nachricht, daß ihre Tochter hier gesehen worden sei. Zuerst hielt sie diese Begegnung für unmöglich, da sie nicht annehmen konnte, daß ihre Tochter, wenn sie wirklich in Berlin wäre, sie nicht besuchen werde. Als man ihr aber einige Tage darauf auch von einer zweiten Seite dieselbe Mittheilung machte und zwar, daß man die Tochter in demselben Stadttheil (der Friedrichstadt) gesehen hätte, machte sie sich mit einer ihr bekannten Dame auf die Suche. Am vierten Tage sollte sie die Bestätigung der Meldung erhalten. In demselben Augenblicke, als sie mit jener Bekannten (es war gegen 8 Uhr Abends) beim Reichshallen-Theater vorübekam, sah sie zwei junge Mädchen, von denen das eine auffallend geschminkt war und überhaupt einen wenig günstigen Eindruck machte, ihr entgegenkommen. Ein einziger Blick des Mutterauges genügte, um zu erkennen, daß die Begleiterin jener auffällig gekleideten Dame ihre Tochter sei. Auch das junge Mädchen, mit auffallend blassem Gesicht, hatte die Mutter erkannt. Sie wollte sich vom Arme der Begleiterin losreißen und fliehen, allein in demselben Moment war auch schon die Mutter an ihre Seite geeilt und die Arme der lautschluchzenden Frau hielten sie fest umklammert. Während sich die Freundin, die Situation erkennend, eiligst entfernte, sah man die Gruppe sich nach einer Droschke bewegen, mit der die Damen nach der Wohnung der Rentiere fuhren. Die Lösung der Geschichte ist einfach und alt. Nachdem der Verführer, so theilt uns ein Berichterstatter mit, des jungen Mädchens überdrüssig geworden, ließ er sie in einer Stadt Sachsens sitzen und mit dem Erlös einiger Werthsachen kam die Bethörte nach Berlin, sich schämend, ihre Mutter aufzusuchen. Hier zog sie zu einer Frau, bei der sie schon am ersten Tage eine Frauensperson kennen lernte, welche im Begriff stand, das verlassene Mädchen mit in den Strudel des Berliner öffentlichen Lebens zu reißen, vor welchem Schicksal es nur durch die Begegnung der Mutter bewahrt worden ist. — Soweit ist nun Alles ganz gut und höchst interessant und die Geschichte hat einen recht befriedigenden Abschluß gefunden. Wie aber ergeht es den Tausenden von armen Mädchen, die eventuell auch einem „Lebemann" in die Finger fallen, die aber nicht so vorsichtig waren, sich eine „Rentiere" zur Mutter auszusuchen? Davon bringen die Zeitungen gewöhnlich nur ein paar Zeilen, und diese finden sich gewöhnlich im Polizeibericht.

Ein recht dummer Witz. Vor einigen Tagen fand die Frau des in der Neidlinger'schen Nähmaschinenfabrik angestellten Kassenboten Z., als sie auf dem Nachhausewege die Grenadierstraße passirte, einen mit fünf Siegeln geschlossenen Geldbrief, welcher den Vermerk trug, „Inhalt 81 000 M." und an eine Bankfirma in Frankfurt a. M. adressirt war. Die freudig erschrockene Frau beeilte sich, nach Hause zu kommen und ihrem Manne von dem großen Funde Mittheilung zu machen. Der Kassenbote hütete sich, die Siegel auch nur im Geringsten zu verletzen und beschloß, da der Abend schon sehr weit vorgerückt war, am nächsten Morgen den Geldbrief auf dem Fundbureau, Mühlendamm 3, abzuliefern. Man kann sich denken, daß das in ziemlich beschränkten Verhältnissen lebende Ehepaar eine schlaflose Nacht verbrachte, da den ehrlichen Leuten bei dem Gedanken, eine so große Summe im Hause zu haben, doch etwas eigenthümlich zu Muthe war, andererseits rechnete der Kassenbote schon aus, daß er durch den ihm zufallenden gesetzmäßigen Finderlohn ein hübsches Kapital in die Hand bekommen müsse. So früh als irgend möglich machte sich Herr Z. nach dem Bundbureau auf und übergab dem diensthabenden Beamten den schwerwiegenden Brief. Als derselbe nun behufs Recherche in Gegenwart des Kassenboten geöffnet wurde, fand sich eine mehrfach in starkes Papier eingewickelte Landkarte von Afrika, auf der das „Kap der guten Hoffnung" mit Blaustift dick umrändert war. Der ehrliche Finder zog betrübt seiner Wege und hat zum Schaden auch noch den Spott zu tragen, daß er, ohne jemals aufs Wasser gegangen zu sein, am „Kap der guten Hoffnung" gescheitert ist.

Ein Opfer des gestrigen ersten Glatteises war eine alte Frau, welche vor dem Schönhauser Thor auf dem geglätteten Trottoir zu Fall kam und zwar so unglücklich, daß sie den linken Arm brach. Sie wurde nach der Charitee befördert. Dieser Fall mahnt die Hausbesitzer zur strengen Pflicht, die Trottoirs so frühzeitig als möglich bei Schneefall ꝛc. bestreuen zu lassen.

Konfiszirtes Fleisch. Am Sonnabend wurde von Beamten der Veterinärpolizei eine ganze Wagenladung geschlachteter Hammel bei Ankunft in der Zentral-Markthalle beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erfolgte, weil das Fleisch aufgeblasen war. Die beschlagnahmte Waare wurde der Abdeckerei überwiesen.

Das Hundeasyl in Britz ist wieder geschlossen worden. Als Grund wird Mangel an Mitteln angegeben. — Die Hundeliebhaber sollten nunmehr ihre Sorgfalt lieber hilfsbedürftigen Menschen zuwenden.

Zwei selten schwere Fälle von Verletzungen wurden in der Nacht zum Sonntag bezw. zum Montag in der Sanitätswache in der Adalbertstraße behandelt. In dem ersten Fall hatten Passanten einen Mann, in welchem später der Töpfer Schellring, Prinzenstraße 5 wohnhaft, ermittelt wurde, in der Nacht zum Sonntag gegen 1 Uhr in der Gitschinerstraße bewußtlos und mit einer großen, stark blutenden Kopfwunde aufgefunden. Einigermaßen in der Sanitätswache zur Besinnung gebracht, gab Sch. an, daß er, soweit er sich entsinne, mit einem Messer gestochen worden sei, Alles andere wisse er nicht. Die Wunde war 14 Zentimeter lang und der Schädel stark ladirt. Nach Anlegung eines Drucknothverbandes (das Blut spritzte unaufhörlich aus der Wunde) wurde der Schwerverletzte nach der Charitee befördert. — Der zweite Fall betraf den Harmonikaspieler Albert Andreas, Naunynstraße 65 wohnhaft. Derselbe konzertirte zu einer Festlichkeit im Hause Adalbertstraße 4 und als er in der Nacht zum Montag gegen 3 Uhr das Haus verlassen wollte, stürzte er den letzten Treppenabsatz, den er nicht gesehen hatte (A. hat einen Staar) hinunter, wobei er sich eine schwere, 10 Zentimeter lange und sehr gefährliche Wunde am Hinterkopf zuzog. Die Blutung zu stillen währte drei Stunden. Nach Anlegung eines Verbandes wurde der vollständig erschöpfte A. nach seiner Wohnung überführt.

Prellereien beim Pferdehandel. Die Uebervortheilungen und Prellereien gewisser Handelsleute beim Abschluß von Pferdeverkäufen bilden noch immer häufig den Grund zu berechtigten Klagen der Landwirthe. Besonders gern werden unachtsame Käufer und andere mit Pferden betrogen, welche die Fehler, zu beißen und zu schlagen, an sich haben. Um solche Pferde los zu werden, bedienen sich nun geriebene Handelsleute folgender Kunstkniffe, um den weniger erfahrenen Käufer in die Falle zu locken: 1. Es wird vor der Probe dem Pferde eine bestimmte Quantität Branntwein eingegossen, um es zu betäuben, weil dann die schlimmen Eigenschaften des Thieres nicht hervortreten. Der Verkauf wird abgeschlossen. Bei der Probe waren Zeugen zugegen, welche gesehen haben, daß das Pferd weder geschlagen noch gebissen hat. Kommt der Käufer nach Hause, so fängt das Pferd wiederum an, seine üblen Gewohnheiten auszuüben, und Niemand kann dasselbe brauchen. Es entsteht natürlich ein Prozeß. Die Zeugen bemerken, daß sie bei der Probe nichts Verdächtiges am Pferde bemerkt haben u. s. w. Verliert nun der Käufer schließlich den Prozeß, dann wird häufig ein zweiter Handel abgeschlossen und schon mancher Käufer ist durch solche Händel um Haus und Hof gekommen. Auch Sachverständige können durch obigen Branntweinkniff getäuscht werden. 2. Ein anderes, noch interessanteres Manöver ist, daß kurz vor der Probe in ein jedes Ohr des Pferdes eine Erbse geschoben wird. Beim Vorführen oder Traben des Pferdes springen die Erbsen in den Ohren des Pferdes hin und her. Durch diesen ungewöhnlichen Vorgang wird die Aufmerksamkeit des Pferdes von allem Uebrigen abgelenkt und dasselbe vergißt hierdurch zu schlagen und zu beißen. Später schüttelt das Pferd so lange mit dem Kopfe, bis die Erbsen aus den Ohren entfernt sind, und nun führt es seine üblen Gewohnheiten wiederum aus und der Käufer ist geprellt. Diese beiden Manöver kommen beim Abschluß von Pferdeverkäufen so häufig vor, daß auf diese betrügerischen Handlungsweisen nicht genug aufmerksam gemacht werden kann. Vor Allem daher beim Kauf eines Pferdes die Ohren auch nach Erbsen und das Maul desselben nach Branntweingeruch untersucht! Wenn dergleichen angetroffen wird, dann kein Kauf abgeschlossen, damit man vor oft großem Nachtheile bewahrt bleibe.

Vier Straßenräuber und Todtschläger wurden am Freitag-Nachmittag in das Moabiter Untersuchungsgefängniß eingeliefert. In der Nacht zum 28. v. M. wurde dicht an der Verbindungsbahn in Rixdorf mitten auf der Straße ein schwer verletzter Mensch gefunden. In das Krankenhaus und zum Bewußtsein gebracht, gab er an, Bäckergeselle und von Strolchen angefallen, seines Wochenlohns beraubt und so gemißhandelt worden zu sein, daß er bewußtlos liegen blieb. Infolge der sofort mit aller Energie aufgenommenen Recherchen wurden die Thäter bald in den Personen der sogenannten „Arbeiter" Zimmermann, Glückseliger, Gläser und Steinert ermittelt und zur Haft gebracht. Der Beraubte ist mittlerweile seinen Verletzungen erlegen, die vier jungen Burschen haben daher eine sehr schwere Strafe zu gewärtigen.

Polizei-Bericht. In der Nacht vom 3. zum 4. d. M. stürzte der Brauer Aust in der Brauerei Tivoli in den Fahrstuhlschacht der Mälzerei hinab und erlitt außer einer Kopfverletzung einen mehrfachen Bruch des rechten Beines. Er wurde nach dem katholischen Krankenhause gebracht. — Am 4. d. M. Nachmittags fiel ein Arbeiter auf dem Grundstücke Plan-Ufer 1 in der Trunkenheit von einem in der Fahrt begriffenen Steinwagen herab und erlitt eine Quetschung des linken Wadenbeines. Er wurde nach der Charitee gebracht. — Zu derselben Zeit fiel ein Mann in der Landsbergerstraße beim Verlassen eines Omnibus von der Aufsteigetreppe zur Erde und brach den linken Unterschenkel. Am 4. d. M. verunglückte der Maler Hemrich auf dem Neubau Thaerstraße 2 dadurch, daß er bei seiner Arbeit durch eine Fensteröffnung auf den Hof des Grundstücks hinabfiel. Er erlitt dadurch eine bedeutende Verletzung am Kopfe, so daß seine Ueberführung in das Krankenhaus am Friedrichshain erfolgen mußte. — Zu derselben Zeit fiel ein Mann in angetrunkenem Zustande in der Wallner-Theaterstraße in ein Kellerfenster des Hauses 36 und zog sich dadurch so bedeutende Verletzungen am Kopfe zu, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Am 4. d. M. Abends wurde in der Gitschinerstraße ein Mann aus einer nicht unbedeutenden Kopfwunde blutend angetroffen und nach Anlegung eines Nothverbandes mittelst Droschke nach der Charitee gebracht. Er behauptet, sich die Verletzung durch einen Fall auf das Straßenpflaster zugezogen zu haben. — Am 5. d. M. früh vergiftete sich eine Frau in ihrer Wohnung in der Frankfurterstraße mittelst Arsenik. — An demselben Tage Vormittags wurde hinter einem Zaun am Görlitzer Ufer ein etwa 30 Jahre alter Mann erstarrt aufgefunden und sollte nach der Sanitätswache gebracht werden, starb jedoch bereits auf dem Wege dahin. — Nachmittags glitt der Schiffsknecht Becker in Folge eigener Unvorsichtigkeit auf dem Verdeck seines hinter dem Grundstück Dorotheenstraße Nr. 44 liegenden Kahnes aus, fiel ins Wasser und ertrank, obwohl sofort Hilfe zur Stelle war. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden. — Gegen Abend machte ein Mann in seiner Wohnung in der Gubenerstraße den Versuch, sich durch den Genuß von ½ Liter Petroleum, in das er den Phosphor von einer Anzahl Streichhölzer geschüttet, das Leben zu nehmen. Er wurde noch lebend nach dem Krankenhause im Friedrichshain gebracht. — Als in der Nacht zum 6. d. M. ein Unteroffizier des 2. Garde-Ulanen-Reziments die Joachimstraße entlang ging, gerieth er mit dem auf dem Bürgersteig stehenden Steinsetzer Scholz, den er im Vorübergehen angestoßen hatte, in Streit und wurde dabei von ihm erfaßt und zu Boden geworfen. Der Unteroffizier sprang bald wieder auf und brachte dem Scholz einen Säbelhieb über die Stirn bei, worauf er sich bei der nächsten Polizeiwache meldete und den Vorfall zur Anzeige brachte.

Gerichts-Zeitung.

Der „Hexenmeister" von Friedrichshayn. Breslau, 2. Dezember. Die Strafkammer 1 des hiesigen Landgerichts beschäftigte sich heute mit folgender Prozeßsache: Im Kreise Wohlau, im Dorfe Friedrichshayn, lebte bis vor wenigen Tagen ein Mann, der in der ganzen Umgegend eines wunderbaren Rufes genoß; ein Mann, gegen dessen Thaten die abenteuerlichen Geschichten, welche im „Freischütz" der böse Kaspar mit dem guten Max treibt, eitel Aufklärung, reine Vernunft sind; ein Mann, der im 13. oder 14. Jahrhundert hätte leben müssen, um keine Seltenheit ersten Ranges zu sein. Der Land- und Gastwirth Julius Geisler, von diesem sprechen wir, galt bei seinen Nachbarn als ein „Hexenmeister" in des Wortes vollster Bedeutung; als ein „Zauberer", der gute Geister rufen, böse verscheuchen konnte; der mit dem Teufel zu unterhandeln und mit dessen Großmutter zu feilschen vermochte; der wie der selige Doktor Eisenbart im Stande war, Blinde gehend und Lahme sehend zu machen. Gichtbrüchige heilte Geisler dadurch, daß er sie mehrere Tage lang in einen geheizten Backofen steckte. Ging es in einem Hause um, wie die Leute sagen, so verordnete der in solchen Fällen stets zu Rathe gezogene Landwirth, Gastwirth und Hexenmeister, daß in allen Oefen des betreffenden Hauses Tag und Nacht so lange gefeuert wurde, bis es in allen Fugen „knisterte". Auf diese Weise verbrannte der Zauberer die widerspenstigsten Geister. Zu diesem „unbezahlbaren Künstler" nun kam im Februar d. J. der Stellenbesitzer Karl Rademacher aus Neudorf, eine Persönlichkeit, bei der man gezwungen ist, mit Huß auszurufen: O heilige Einfalt! Rademacher hatte seit einiger Zeit trüben Herzens wahrgenommen, daß seine Kühe bedeutend weniger Milch als früher gaben. Als der monumentale „Freigeist", der er ist, sagte er sich, daß die Kühe „verhext" sein müßten. Diesen Bann zu brechen, war Geisler die geeignete Person. Zu ihm also pilgerte der „aufgeklärte" Stellenbesitzer. Er trug sein Anliegen vor, worauf der Hexenmeister einige unverständliche Sprüche murmelte, etwas Hokuspokus trieb und dann einen mächtigen Folianten, „von Nostradamus eigener Hand", herbeiholte. Nachdem er ein Weilchen in dem Buche geblättert, sprang Geisler auf und sagte: „Die Sache ist richtig, Rademacher; Euer Nachbar, der Müller, hat Euch die Kühe verhext. Geht nur nach Hause und laßt ordentlich in Eurem Hause feuern, damit den Hexen eingeheizt wird. Nächsten Dienstag komme ich zu Euch. Inzwischen besorgt Ihr das, was ich Euch auf dem Zettel aufschreiben werde." Geisler setzte sich wieder und verzeichnete folgendes: „Schwarze Seife, schwarzen Pfeffer, Teufelsdreck (**Assa foetida**) und eine Schweinsblase." Froher Hoffnung steckte Rademacher den Zettel ein und ging. Am nächsten Dienstag, wie versprochen, erschien Geisler bei ihm. Der Zauberer ließ sich vor allem einen großen Topf bringen und legte die obigen Gegenstände, außer der Schweinsblase, hinein. Dann ging er in den Stall und entnahm von den Kühen Haare und zwar welche von der Brust, vom Kreuze und von dem zwischen den Hörnern liegenden Theile. Diese Haare kamen ebenfalls in den Topf. Nachdem der „Hexenmeister" der wundersamen Mischung noch etwas Menschenkoth und etwas Koth von den Kühen beigefügt, verlangte er zwölf Stecknadeln. Rademacher ließ sein Haus von oben bis unten durchsuchen, es wurden jedoch nur sieben Stecknadeln aufgetrieben. Da 7 auch eine zauberkräftige Zahl ist, begnügte sich Geisler damit. Die Nadeln wanderten zu dem Uebrigen. Hierauf nahm der „Hexenmeister" den Topf, trug ihn in die Küche, setzte ihn auf den Ofen und kochte den ganzen „Mist" zu Brei. Wiederum einige Sprüche murmelnd, schüttete Geisler dann den Brei in die Schweinsblase. „Hier diese Blase," sprach zu Rademacher gewandt, der Zauberer feierlich, „hängt Ihr neun Tage, keinen mehr, keinen weniger, in den Rauch. Dann nehmt Ihr sie herab und tragt sie um Mitternacht auf einen Kreuzweg. Dort vergrabt Ihr sie. Von dem Augenblicke an ist der Diebessegen, den Euer Nachbar Müller über Euch und Eure Kühe gesprochen, vernichtet. Eure Kühe werden dann wieder ordentlich Milch geben!" Gläubig, von Ahnungen aus einer anderen Welt durchschauert, nahm Rademacher die Schweinsblase entgegen. Hierauf griff er in seine Tasche und zahlte dem Wundermann den vereinbarten Lohn, 15 M. Mit peinlicher Treue befolgte der Stellenbesitzer die ihm gewordene Anweisung. Freudig gestimmt, harrte er der Wirkung. Sie trat nicht ein. Ein Tag um den andern verrann, die Kühe gaben ebenso wenig Milch als in der letzten Zeit. Der pyramidale Köhlerglauben Rademachers wankte mehr und mehr. Von schlimmen Zweifeln gefoltert, von Kummer über den Verlust der 15 Mark geplagt, zog der Stellenbesitzer endlich einen Gendarmen ins Vertrauen und theilte diesem mit, wie Geisler die „behexten" Kühe zu heilen versucht hatte. Gegen den „Hexenmeister" wurde hierauf eine Untersuchung wegen Betruges eingeleitet. Als das Verfahren noch schwebte, suchte Geisler eines Tages den auf dem Felde beschäftigten Rademacher auf und sagte zu ihm: „Rademacher, wenn ihr vor Gericht stehen werdet, so sprecht nur: Der Gendarm hat Euch überrumpelt und Ihr habt ihm das alles nur in der Bestürzung erzählt. Sprecht nur, die ganze Geschichte ist nicht wahr. Ihr seid so verdreht gewesen, daß ihr nicht gewußt habt, was Ihr sprecht. Auch davon, daß ich gesagt habe, der Nachbar Müller hat Euch die Kühe „verhext", erzählt nichts!" Der Stellenbesitzer merkte sich diese Anrede wohl. Als er von dem Schöffengerichte in Wohlau, in der Verhandlung gegen Geisler wegen Betruges, als Zeuge vernommen

wurde, theilte er die Aufforderung dem Vorsitzenden mit. Geisler wurde demgemäß nicht nur wegen Betruges, und zwar zu 2 Monaten Gefängniß, verurtheilt, es wurde gegen ihn auch ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineide eingeleitet. Wegen dieses Verbrechens hatte der berühmte „Zauberer" sich heute vor dem bezeichneten Forum zu verantworten. Durch das Zeugniß Rademacher's wurde er vollkommen überführt. Der Staatsanwalt beantragte, den 66 Jahre alten Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr zu verurtheilen. Der Gerichtshof erkannte unter Einrechnung der wegen Betruges verhängten Strafe auf 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus. So das Schicksal des Hexenmeisters von Friedrichshayn. Zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, so reich an Wissen, so reich an Erfindungen, du hast gerade keine Ursache, auf solche Vorfälle stolz zu sein. Nicht deshalb, weil der „Brave" die Hexenmeisterei betrieb, sondern deshalb, weil es diesem längst veralteten Geschäft durch so geraume Zeit nicht an Kunden fehlte. Dummheit, du bist unüberwindlich!

Wien, 3. Dezember. Am Schlusse der ersten heutigen Verhandlung über eine Appellation gegen ein bezirksgerichtliches Erkenntniß spielte sich im Verhandlungssaale 2 des Landgerichtes, in welchem der Appellsenat des Landgerichtes unter Vorsitz des L.-G.-R. Langthaler tagte, ein aufregender Vorfall ab. — Der bereits wiederholt bestrafte und aus Wien für immer ausgewiesene Julius Schmitz, der Sohn eines in Mähren befindlichen Ingenieurs, wurde unlängst vom Bezirksgerichte wegen Rückkehr zu vier Monaten strengen Arrestes verurtheilt. Er ergriff dagegen die Berufung, worüber heute die Verhandlung stattfand. Es wurde das erstrichterliche Urtheil bestätigt. Da zog Schmitz aus seiner Rocktasche einen etwa ein halbes Kilogramm schweren Stein hervor und schleuderte ihn gegen den Verhandlungspräsidenten, traf aber nur den Gerichtstisch, wo der kollernde Stein eine heillose Verwirrung unter den Akten und Schreibmaterialien anrichtete. Schließlich fiel er auf den rechten Schenkel des Präsidenten nieder. Schmitz wurde aus dem Verhandlungssaale gebracht und hat nun die Anklage wegen qualifizirter öffentlicher Gewaltthätigkeit zu gewärtigen.

Ein Ehescheidungsprozeß. London, 1. Dezember. Gegenwärtig spielt vor den Londoner Gerichten ein Skandalprozeß aus den „vornehmsten" und „höchsten" Kreisen, der uns zeigt, daß gerade die Leute, die soviel von Frömmigkeit und ähnlichen anderen schönen Dingen salbadern, gut daran thäten, vor allen Dingen mit der Bekehrung zum Besseren bei sich selbst anzufangen. Der Prozeß bietet uns ein Bild moralischer Verkommenheit der prozessirenden Ehegatten, von der glücklicher Weise diejenigen Volksklassen, denen man mit Vorliebe das meiste Böse nachsagt, denn doch verschont geblieben sind. Es liegen nun über den Prozeß folgende Nachrichten vor: Die Träger der ersten Namen Englands spielen eine Rolle in diesem Prozesse. Lady Colin-Campbell, eine junge und schöne Schottin, verlangt die Ehescheidung von ihrem Manne, Lord Campbell (dem Sohne des Herzogs von Argyll und Bruder des Marquis von Lorne, eines Schwiegersohnes der Königin von England), mit dem sie sich im Jahre 1881 verheirathet hatte. Lord Colin ist 32 Jahre alt; er sieht sehr herabgestimmt durch diesen Prozeß und in Folge einer unnennbaren Krankheit aus, die den Hauptanklagepunkt gegen ihn bildet und durch ärztliche Gutachten bewiesen wurde. Ihr Vertheidiger, Sir Ruffell, führt aus, daß der Gemahl der Lady Campbell, trotzdem sie ihm die heftigste Abneigung wegen dieser Krankheit zu erkennen gab und trotzdem sie erklärt hatte, vor den Augen der Welt nicht als seine Frau erscheinen zu wollen, sich dennoch ihr zu nähern suchte und auf ihre hartnäckige Weigerung die Gemeinheit beging, die Widerspenstige des Ehebruchs anzuklagen. Er beschuldigte sie, daß sie während einer Reise vor achtzehn Monaten in Italien die Maitresse des Herzogs von Marlborough, des Bruders des Finanzministers, gewesen sei, was nicht als unwahrscheinlich gilt, da dieser leichtlebige Herr schon zu wiederholten Malen als Liebhaber leichtsinniger Frauen figurirte. Seine Eroberungen auf diesem Felde haben ihn Unsummen gekostet; er mußte vor zwei Jahren seine Bildergalerie, die sich seit zwei Jahrhunderten vom Vater auf den Sohn vererbt hatte, verkaufen. Der zweite Mann, mit dem sich Lady Campbell vergangen haben soll, ist ein Fünfziger, Kapitän Shaw, Kommandant des Pompierkorps, in seine Frau zum Sterben verliebt und Vater mehrerer Kinder. Man könnte, sagen die Engländer, eher den Glauben an die Bibel aufgeben, als an eine solche Verirrung des Biedermannes glauben. Als den dritten Liebhaber seiner Frau bezeichnet Lord Campbell den General Butler, der Miß Thompson, eine bekannte Malerin, geheirathet hatte. Schließlich denunzirt er auch den Dr. Bird als Geliebten einer Frau, der diese und ihn selber während seiner Krankheit behandelte. Sie sind sämmtlich am ersten Verhandlungstage anwesend, wie auch der Herzog von Argyll, Marquis von Navas; die hervorragendsten Vertreter der Presse und des Advokatenstandes, sowie der Aristokratie sind im Verhandlungssaale. Lady Campbell sitzt neben ihrer Mutter, einer alten Dame. Der Vertheidiger ist in seinem Exposé unerbittlich und verlangt die chirurgische Darlegung der Operationen, die an dem Manne seiner Klientin vorgenommen werden mußten. Die erste Zeugin, die aufgerufen wurde, Lady Miller, sagte sehr abträglich für Lord Campbell aus. Am zweiten Verhandlungstage wurde das Zeugenverhör mit Lady Miller fortgesetzt. Sie hat Campbell in sträflichem Verkehre mit ihrer Kammerfrau überrascht und erinnert sich genau des Datums, nämlich des 17. Juni 1886, weil sie dies in ihr Gebetbuch eingeschrieben hatte. Bei einem Kreuzverhöre mit dem Vertheidiger des Lords, dem Advokaten Finley, verwickelte sie sich in Widersprüche, und dieser produzirt selbst Briefe von ihr, aus denen hervorgeht, daß sie selbst eine Zeit lang an den Ehebruch der Lady Campbell glaubte. Gereizt durch dieses inquisitorische Verfahren, schreit sie: „Mein Herr, Sie verwirren mich! Das ist lächerlich, das ist eine Tortur!" Auf eine Fragestellung des Advokaten ruft sie: „Wie können Sie es wagen, eine ehrbare Dame so zu fragen? Das ist abscheulich!" Dieser Zwischenfall ruft im Auditorium große Heiterkeit hervor. Nach der Vernehmung dieser Dame ergreift Finley das Wort zur Vertheidigung seines Klienten. Er bestreitet gleich vorweg den mitheilsamen Charakter der Krankheit des Lords und stellt somit in Abrede, daß dessen Frau, die überdies schon als Fräulein Blood ein Abenteuer hatte, dadurch Schaden erleiden konnte. Die Familie des Fräuleins bestand, trotzdem die Aerzte einen Aufschub der Vermählung angerathen hatten, mit allem Nachdruck darauf, daß diese sofort vollzogen würde. Er sucht weiter zu beweisen, daß alle Schuld an Lady Campbell liege und daß sie in Wahrheit die ehebrecherische Frau ist, wie sie der Lord schildert. Sie hatte, nachdem sie verheirathet war und trotzdem ihr Gemahl krank lag, nichts Eiligeres zu thun, als Bälle und Gesellschaften zu besuchen. Er will die unleugbaren Beweise erbringen und eventuell die Zeugen vorführen lassen, die darthun werden, wie diese Dame mit verschiedenen Männern in intimstem Verhältnisse gelebt habe. Was ihren Verkehr mit dem Herzog von Marlborough betreffe, würden ihre eigenen Dienerinnen aussagen, das sie diesen nicht allein während ihrer Reisen in Frankreich und Italien, sondern sogar in London zu jeder Zeit empfangen habe. Die Feder sträubt sich, all das nachzuschreiben, was der unerbittliche Vertheidiger des Lords Campbell gegen dessen Frau vorbringt, und es ist wahrlich zu verwundern, daß die Damen bei so skandalösen Offenbarungen nicht den Saal verlassen. (Der Berichterstatter muß ein recht naiver Herr sein, weiß er denn nicht, daß sich die „Damen der höheren Stände" mit Vorliebe zu allen schmutzigen Sensationsaffären drängen?)

Vereine und Versammlungen.

th. **Eine öffentliche Versammlung von Handlungsgehilfen der Material- und Kolonialwaaren-Branche** mit der Tagesordnung: „Die Lage der Handlungsgehilfen in der Material- und Kolonialwaaren-Branche und was ist zu thun, um dieselbe zu verbessern?" wurde unter Vorsitz des Herrn Deutschland am Sonntag Nachmittag im Rosenlöcher'schen Lokale, Rosenthalerstaße 11/12, abgehalten. Der Referent besprach die Lage der Handlungsgehilfen der Kolonialwaarenbranche und wies darauf hin, daß diese noch immer für Kaufleute zweiter Klasse erachtet würden. Diesem Vorurtheil, welches seinen hauptsächlichen Stützpunkt habe an der durch die Ueberlastung bedingten Zurückgezogenheit der Materialisten von allen die Interessen des Kaufmannsstandes berührenden Angelegenheiten, müßten die Materialisten energisch entgegentreten durch eifrige Wahrung ihrer Interessen und Anschluß an kaufmännische Verbände und so die Achtung beanspruchen und die Stellung einzunehmen trachten, die ihnen zukommt. Bevor man indessen an die Heilung eines Uebels gehen könne, müsse man zuvor die Ursachen desselben kennen, und diese seien bezüglich der Nothlage im Handlungsgehilfenstande hauptsächlich in drei Punkten zu suchen: im Lehrlingsunwesen, in der maßlosen Arbeitszeit und in den willkürlichen Kündigungsfristen. Die sonstigen Uebelstände seien mehr oder weniger die nothwendigen Folgen dieser Haupt- und Grundübel, welche mit diesen beseitigt würden. Der Referent besprach nunmehr die angeführten drei Punkte in der eingehendsten Weise und führte die Nothwendigkeit einer zu schaffenden Abhilfe vor Augen. Diese Abhilfe werde aber nicht erreicht durch humane Vereinsbestrebungen, durch Verabfolgung von Speisemarken u. dgl. m., welche größtentheils auch nur ermöglicht würden durch Zuwendungen von Prinzipalen, die oftmals besser zur Aufbesserung der Gehälter der eigenen Angestellten verwendet werden könnten. Aber auf den öffentlichen Ruhm eines Wohlthäters werde nicht gern Verzicht geleistet. Auch von der berühmten „freien Vereinbarung" sei eine Abhilfe nicht zu erwarten, da naturgemäß aus freien Stücken die Prinzipale gegen ihr eigenes Interesse handeln würden, eine Abhilfe der Nothlage der Handlungsgehilfen könne nur durch den Zwang des Gesetzes wirklich erreicht werden. Die Ausbildung der Lehrlinge sei in der Kolonialwaarenbranche eine besonders mangelhafte, sie würden nur ausgebildet zu möglichst flotten und gewandten Verkäufern und angehalten, mit die Kundschaft erhaltender Liebenswürdigkeit namentlich die weiblichen Kunden zu bedienen; von Buchführung sei keine Rede, höchstens kämen sie dazu, einen geborgten Posten in die Tagesladde einzutragen und denselben wieder auszustreichen, wenn er bezahlt ist. Die Arbeitszeit der Lehrlinge sei eine ganz unerhörte, ebenso wie die der Gehilfen und betrage 17—18 Stunden. Daher sei dieser Beruf einer der ungesundesten und die Verkürzung der Arbeitszeit eine wirthschaftliche Nothwendigkeit. Verheirathete Gehilfen fänden gar keine Stellung, da die Prinzipale fürchten, sie könnten Kaffee, Zucker 2c. mit nach Hause nehmen. Die kurzen Kündigungsfristen hätten nur den Zweck, die Gehilfen in größerer Abhängigkeit zu erhalten. Solche Zustände beseitigen zu helfen sei Pflicht aller Kollegen und zwar durch Unterstützung der darauf hinzielenden Bestrebungen. Herr Hinze und Herr Henning schlossen sich dem Referenten voll und ganz an und wies namentlich letzterer auf die Vortheile hin, welche die „Freie Organisation junger Kaufleute" ihren Mitgliedern biete. Nachdem noch mehrere Materialisten die Lage der Handlungsgehilfen dieser Branche ausführlich beleuchtet und besonders Herr Jaguttes hervorgehoben hatte, daß die Geschäfte sehr gut um 9 Uhr Abends geschlossen werden könnten, da die Kundschaft nach dieser Zeit sehr gut entbehrt werden könne, nahm die Versammlung die beiden Resolutionen an, welche in letzter Zeit mehrfach von kaufmännischen Versammlungen angenommen worden sind und die vom Reichstage die Regelung der Arbeitszeit, der Sonntagsarbeit, der Kündigungsfristen 2c. und vom Magistrate die Einführung des Krankenversicherungszwanges fordern. Die erste wurde einstimmig, die zweite gegen 5 Stimmen angenommen.

Wie man heute einen Gesellenausschuß wählt. Am Sonntag, den 5. Dezember, hatte die hiesige Drechsler-Innung nach der Landsbergerstraße 31 eine Versammlung — unter dem strengsten Ausschluß der Oeffentlichkeit — einberufen, um wiederum einmal die Wahl eines Gesellen-Ausschusses vornehmen zu lassen. Erschienen waren im Ganzen „18 Personen". Der Herr Obermeister Meyer eröffnete Punkt 12 Uhr die „Versammlung" mit der Ankündigung: „Wir schreiten jetzt zur Wahl" und der Mittheilung der bereits sattsam bekannten Motive, auf Grund deren die Wahl derartiger „Innungs-Gesellen-Ausschüsse" stattfindet. Doch so rasch, wie der Herr Obermeister wollte, ging es denn doch noch nicht, sondern es entwickelte sich vorerst eine Diskussion, welche drastische Beispiele zu Tage förderte von der „Wirksamkeit" der Innungsbestrebungen auf die Bessergestaltung der Gewerkschaftsverhältnisse. Wir heben davon nur zwei Punkte hervor, sie genügen voll und ganz. Nr. 1 erklärte der Innungs-Obermeister auf eine von einem Gesellen-Ausschußmitglied gestellte Anfrage, daß die Innung kein Recht dazu hat, um den Gesellenausschuß bei der Einberufung einer öffentlichen Versammlung zu unterstützen; wenn der Ausschuß einen Bericht seiner Thätigkeit öffentlich geben wolle, dann möge derselbe die etwaigen Ausgaben für die Versammlung durch eine Kollekte bei der Gesellenschaft decken! — Nr. 2 führte der zweite Obermeister, Herr Gronau, eine scharfe Sprache gegen die — „Rädelsführer" des hiesigen „Fachvereins sämmtlicher im Drechslergewerk beschäftigten Arbeiter", welche nur, wie sich der werthe Herr ausließ, das gute Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen verderben. (O, diese Weisheit des braven Innungsmeisters!) Als hierauf einige der Anwesenden sich zum Wort meldeten, erklärte der Herr Obermeister Meyer, daß an der Debatte sich nur Mitglieder des Innungsvorstandes sowie des Gesellen-Ausschusses betheiligen dürfen, für alle übrigen sei die Debatte nicht vorhanden! (Ein Bravo diesem „biederen" Innungsvorstande!) Ein Mitglied des Gesellenausschusses wies nun darauf hin, daß, wenn von Seiten des Vorstandes derartige Angriffe auf den Fachverein geschehen, dann es ganz gut wäre, wenn einer der „Rädelsführer" des Fachvereins anwesend sei, damit endlich einmal Klarheit in die Sache käme. Der Redner machte zugleich den Vorschlag, dem im Vorderlokal anwesenden zweiten Vorsitzenden des Fachvereins, Herrn Sündermann, Zutritt zu der „Versammlung" zu gewähren; aber der Herr Obermeister erklärte sofort, das ließe das Gesetz nicht zu, das ginge nicht! (Immer fein säuberlich unter sich und dann tüchtig aufgemuckt, ist hier die Losung der Herren.) Auf die noch weiter angeregten Sachen wollen wir nicht mehr eingehen; doch die Wahl des Gesellenausschusses möge in nachfolgendem der Oeffentlichkeit übergeben werden. Also es ging zur Wahl, „die fünfe" wurden gewählt, und zwar von 18 der Anwesenden, stimmten „14" für die in Vorschlag gebrachten Kandidaten; 4 der Anwesenden gaben unbeschriebene Stimmzettel ab. Doch der Zweck war erreicht, und die „große Versammlung" ging nach Hause! Es sei uns vergönnt, an der Hand des Angeführten darauf hinzuweisen, wie bereits in den weitesten Schichten der Drechslergesellen der Innungs-„Mumpitz" nicht mehr zieht; das beweist die „riesige Theilnahme" an der Versammlung, und hoffentlich geht der ganze Innungs-„Rummel" bald in die Rumpelkammer zurück, aus der man ihn herausgeholt hatte. Doch nicht allein das müßige Zuschauen sei die Sache der Arbeiter; hier heißt es vor allem: „Auf zu gemeinsamer Arbeit innerhalb einer zielbewußten Arbeiterorganisation." Das mögen die Arbeiter nie vergessen! Der allgemeine Anschluß an die Fachvereine ist Pflicht aller Arbeiter.

Verband deutscher Zimmerleute. Lokalverband „Berlin Süd". Mittwoch, den 8. Dezember, Abends 8 Uhr, Versammlung im Lokale Mariannenstr. 31 32. T.-O.: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. — Der Lokalverband „Berlin West" hält ebenfalls am Mittwoch, Abends 8 Uhr, eine Versammlung ab in Gründer's Salon, Schwerinstr. 26. T.-O.: 1. Vortrag über „Schiftungen auf umgeklappten Flächen". 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. — Der Lokalverband „Berlin Ost" versammelt sich am Mittwoch, den 8. d. M., Abend 8 Uhr, im Lokale Frankfurter Allee 127. T.-O.: 1. Wie ist es möglich, der Sonntagsarbeit Einhalt zu thun? 2. Das Statut des Sanitätsvereins. 3. Verschiedenes und Fragekasten. — Neue Mitglieder werden in allen Verbandsversammlungen aufgenommen. Gäste haben Zutritt.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 7. d. M., Abends 9 Uhr, Annenstr. 16: Bibliotheksabend.

* **Zentralkranken- und Sterbekasse des deutschen Senefelder Bundes** (E. H.) Verwaltungsstelle Berlin. Alexanderstr. 31, im Restaurant Weick, heute, Abends 8 Uhr, Mitglieder- und Verwaltungs-Versammlung. Tagesordnung: Rechnungsabschluß pro 1/4 Quartal.

Fachverein sämmtlicher im Drechslergewerk beschäftigten Arbeiter Berlins. Mitgliederversammlung am Dienstag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in Wohlhaupt's Lokal, Manteuffelstraße 9.

Fachverein der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, chirurgischer und anderer Instrumentenmacher. Mittwoch, den 8. Dezember, Versammlung bei Rieft, Kommandantenstr. 71 72. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bohn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Dienstag. Schäfer'scher „Gesangverein der Elfer". Abends 9 Uhr bei Wolf und Krüger, Skalitzerstr. 126, Gesang. — Gesangverein „Bruderbund" Abends 9 Uhr Adalbertstr. 4, im Restaurant. — „Gesangchor des Gauvereins der Maler Berlins" Abends 8 Uhr bei Sodtke, Ritterstr. 123. — Turnverein „Hasenhaide" (Männer-Abtheilung) Abends 8 Uhr Dieffenbachstr. 60 61. — Rauchklub „Deutsche Flagge" Abends 8 Uhr im Restaurant Händler, Wrangelstr. 11. — Rauchklub „Zum Wrangel" Abends 8½ Uhr im Restaurant, Wrangelstr. 32. — Verein ehemaliger Schüler der 37. Gemeindeschule, Abends 9 Uhr im Restaurant Kinner, Köpnickerstr. 68. — Vergnügungsverein der Bürsten- und Kammmacher jeden Dienstag nach dem 1. und 15., Abends 9 Uhr, bei Wollschläger, Münzstr. 5.

Vermischtes.

Der Reklamesucht der Amerikaner scheint nichts meh heilig zu sein. Wir haben kürzlich von einer Trauung in einem Schaufenster behufs Reklame berichtet, durch eine Trauung auf der Bühne ist die Sache von einem „geschäftskundigen Theaterdirektor" noch überboten. Eine solche Trauung ist in aller Wirklichkeit in Norwich, im Staate Connecticut, gefeiert worden. Miß Adams und Herr Delmar, die erste Liebhaberin und der jugendliche Held der dort gastirenden dramatischen Gesellschaft, hatten sich so oft auf offener Bühne und vor den Augen des Publikums zum Schein die Hand zum ehelichen Bunde gereicht, daß sie es vor einigen Tagen auch in Wirklichkeit zu thun beschlossen. Reverend Jewett, der Rektor der dortigen protestantischen Kirche, vollzog diese merkwürdige Trauung. Das Ereigniß, wochenlang vorher gehörig in alle vier Winde ausposaunt, hatte nicht verfehlt, eine ungeheure Menschenmasse an diesem Abende in das Theater zu locken, welche zu drei-, vier- bis zehnfachen Eintrittspreisen, um die man sich förmlich schlug, der Vorstellung des Abendstückes beiwohnten, nach dessen Beendigung die andere „Vorstellung" vor sich ging. Man kann sich denken, welch schmunzelndes Gesicht der Theaterdirektor, der als Brautwerber fungirte, machte, wie gefüllt seine Kasse war, und wie die Geschenke aus dem begeisterten Publikum, diesem tausendköpfigen Trauzeugen, auf das glückliche neuvermählte Paar herabströmten. — Nach diesem Beispiel wird man wohl nächstens von Trauungen hören, die im Zirkus, auf fliegendem Trapez, auf Rosses Rücken, auf dem Velociped oder im Luftballon stattfinden!

Eine Fasterin des 16. Jahrhunderts. Zu Anfang des 16. Jahrhunderts lebte in Augsburg eine im Geruch der Heiligkeit stehende Frauensperson Namens Anna Laminitin, welche vorgab, seit 16 Jahren nichts genossen zu haben, als wöchentlich eine Hostie, und deshalb wohl ein größeres Aufsehen erregt haben mag, als das Fasten unserer modernen Professionshungerleider Succi und Merlatti. So allgemein war der Glaube an dieses Wunder, daß es selbst Kaiser Maximilian I. nicht verschmähte, die Laminitin zu besuchen und ihr kostbare Geschenke zu machen. Selbst gelehrte Abhandlungen erschienen über die berühmte Fasterin. Nur des Kaisers Schwester, die Herzogin Kunigunde von Bayern, wollte nicht an die Wunderinge der Laminitin glauben, und beschloß, den Schleier des Geheimnisses zu lüften. Zu diesem Zweck ließ sie die Laminitin zu sich nach München kommen. In der Mauer des Gemaches, in welchem dieselbe ihre Andacht verrichtete, wurde ein kleines Loch angebracht, vor welches die Herzogin Klosterfrauen beorderte, deren Wachsamkeit es in der That gelang, die Ursache des Fastenwunders zu ergründen. Man entdeckte nämlich, daß die Laminitin sich heimlicherweise allerhand Gebackenes, das sie versteckt bei sich trug, wohl schmecken ließ. Durch einen Boten ließ die Herzogin ihrem Bruder Kunde von der Entlarvung der Laminitin thun und der Rath der Stadt Augsburg sah sich veranlaßt, die Schwindlerin aus der Stadt zu verweisen. Nun zog die Laminitin nach Kempten und später nach Kaufbeuren, wo sie sich verheirathete. Mit ihrem Manne aber pflog sie eine äußerst unfriedliche Ehe, beging allerhand Unfug und Laster, so daß ihr der Prozeß gemacht und sie zum Tode des „Ertränkens" verurtheilt wurde.

Kleine Mittheilungen.

Würzburg, 5. Dezember. Die Anklage in Sachen der Faulenberger Katastrophe ist sieben Angeklagten gestern zugestellt worden. Angeklagt sind: Herr Offizial Ehrlich, Oberstationsmeister Sacher, Kondukteur Dürr, dann vier Wechselwärter resp. Unterbedienstete. Der Lokomotivführer des Schnellzuges ist nicht angeklagt. Jedenfalls findet die Verhandlung Ende d. M. statt.

New-York, 2. Dezember. Der hier heute von Antwerpen angekommene Dampfer „Westernland", von der Red Star-Linie meldet, daß er am 27. November in 43° 57' westlicher Länge einen furchtbaren Orkan aus West-Nord-West zu bestehen hatte. Eine riesige Woge zertrümmerte seinen „turtle-back", wodurch 4 Matrosen und zwei Zwischendeck-Passagiere Namens Livadiri und Max Frank, getödtet und 15 andere Seeleute und Passagiere mehr oder weniger erheblich verletzt wurden.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

H. Oberwasserstraße. Vom 1. Leibhusarenregiment Nr. 1 liegen der Stab, die 1. 2. und 5. Eskadron in Danzig, die 3 und 4 in Preuß. Stargard. Vom 2. Leibhusarenregiment Nr. 2 liegen der Stab und die 1. und 2. Eskadron in Posen, die 3. 4. und 5. in Lissa.

E. G., Penzlin. Ihre Korrespondenz konnten wir leider nicht verwenden. Für das Andere besten Dank.

G. M., Andreasstraße. Sie haben Recht, doch können wir in der Sache nichts thun; wenden Sie sich an den Verlag der „Neuen Welt".

Verantwortlich für den politischen Theil und Soziales **Max Schippel**, für Vereine und Versammlungen **F. Tutzauer**, für den übrigen Theil der Zeitung **R. Cronheim**, sämmtlich in Berlin.
Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.